



Weg mit der Mauer in Palästina



Arbeitsheft

Koordinationskreis
Stoppt die Mauer in Palästina
Für einen gerechten Frieden
in Palästina und Israel
www.stopptdiemauer.de

Inhaltsverzeichnis

Editorial	3
Koordinationskreis Stoppt die Mauer in Palästina	4
50 Jahre deutsch-israelische Rüstungskooperation (von O. Nassauer & C. Steinmetz)	6
Palästina ist unverkäuflich (von Jamal Juma)	9
Gaza: Ein großes Gefängnis	11
Die Mauer – Recht oder Gewalt? (von Norman Paech)	13
Die Apartheidmauer (von Hasan Ayoub)	18
Industriezonen entlang der Mauer (von Meron Rapoport)	21
Mit Sanktionen gegen die Besatzung	23
Die Olivenbaum Kampagne	24
Stoppt Caterpillar auch in Deutschland	25
Postkartenaktion zu den Waren aus Siedlungen in Palästina	26
Protestaktion am Checkpoint Charlie	27
Partnerschaft: Pax Christi Sulzbach & Pengon-Komitee Irtah	28
Bericht einer ISM-Aktivistin	28
amnesty international zur Mauer in Palästina	29
Bücher, Broschüren, Filme, Theater, Webseiten	30
Die Mauer (Gedicht von Yusif Savalan aus Aserbaidzhan/Kassel)	31
Karte mit dem Mauerverlauf in der Westbank	32

Fotos und Abbildungen

Die Fotos auf der Titelseite stammen von einer Demonstration in Al Eizarya, Sawahre und Abu Dis direkt an der Mauer am ersten Tag der Anhörung vor dem Internationalen Gerichtshof im Februar 2004.

Wir danken der palästinensischen Kampagne gegen die Apartheidmauer (www.stopthewall.org) für die Fotos auf der Titelseite, in den Fußzeilen und für die Karte auf der Rückseite. Weitere Fotos stammen von den Webseiten von Gush Shalom (www.gush-shalom.org) und von der Palästina-Israel-Webseite des Weltkirchenrats (www.eappi.org).

Die Zeichnung auf der vorletzten Seite 31 stammt von Najji Al-Ali, geboren 1948 in Palästina. Die Figur Al-Hanthalah ist sein Symbol und auf allen seinen Zeichnungen. Al-Hanthalah ist ein arabischer Ausdruck für eine Wüstenpflanze mit saurem Geschmack, für Najji der Geschmack des Schmerzes. Die Figur steht immer mit dem Rücken zum Betrachter und symbolisiert den Palästinenser, der mit überwältigender Hoffnungslosigkeit mit dem Elend konfrontiert ist.

Impressum

Koordinationskreis Stoppt die Mauer in Palästina / Für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel

- E-Mail: kontakt@stopptdiemauer.de
- Webseite: www.stopptdiemauer.de
- Spendenkonto: IPPNW, Kto.-Nr. 600 42 355, Stichwort „Mauerkampagne“, Sparkasse Rastatt-Gernsbach, BLZ 665 500 70
- Redaktion: Wiltrud Rösch-Metzler (v.i.S.d.P.), Pax Christi, Nahost-Kommission, Friedenstraße 5, 70190 Stuttgart; Matthias Jochheim, IPPNW, Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung; Bernd Klage, Vereinigung für internationale Solidarität; George Rashmawi, Palästinensische Gemeinde Deutschland

Für zwei Euro pro Exemplar zuzüglich Versandkosten kann dieses Heft bestellt werden über:

- Pax Christi Sekretariat, Postfach 1345, 61103 Bad Vilbel, Telefon (06101) 2073, Fax (06101) 65165, E-Mail sekretariat@paxchristi.de

Dieses Heft erscheint zum ersten Sozialforum in Deutschland vom 21. bis 24. Juli 2005 in Erfurt.

Editorial

Wenn Israel auf besetztem palästinensischen Gebiet eine Mauer baut, ist die internationale Gemeinschaft verpflichtet, dies zu verhindern. Diese Verletzung des Völkerrechts durch die israelische Regierung, so die Richter des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag in ihrem Gutachten vom 9. Juli 2004, darf von den Unterzeichnerstaaten der Vierten Genfer Konvention nicht hingenommen werden. Wir stärken Völkerrecht und Menschenrechte, wenn wir auch im Fall Israels und Palästinas auf die Einhaltung drängen (siehe Artikel „Die Mauer – Recht oder Gewalt?“ von Norman Paech). Die Bundesregierung fordern wir auf, dies ebenfalls zu tun und politische Konsequenzen zu ziehen.

Für die Palästinenser bedeutet israelische Besatzung und insbesondere der Mauerbau die Gettoisierung in zahlreichen Enklaven, die Zerstörung ihrer Häuser und Felder und willkürliche Verhaftungen. Die israelische Besatzungspolitik hat in Palästina zu einer tiefen Rezession und einer dramatischen Verschlechterung der Lebensbedingungen geführt. Die Auswirkungen auf das Bildungssystem und die Gesundheitsversorgung sind eklatant.

Die hinter dem Mauerbau stehende Strategie Israels zielt auf die Annexion von fast der Hälfte der 1967 besetzten Gebiete, der fruchtbarsten Teile des Landes und der Wasserressourcen. Die Siedlungen in der Westbank werden ausgebaut, die Vertreibung der Palästinenserinnen und Palästinenser wird forciert und die Besatzung soll unumkehrbar gemacht werden (siehe Artikel „Die Apartheidmauer“ von Hasan Ayoub).

Die israelische Seite behauptet, dass die „Sperranlage“ palästinensische Attentate verhindere. Doch selbst wenn dem so wäre, ändert dies nichts an der Illegalität von Mauer und Besatzung und der Möglichkeit, die Mauer auf eigenem Territorium zu bauen. Erst mit einem freien und demokratischen Palästina ohne Besatzer und ohne Siedler wäre solchen Attentaten der Nährboden entzogen und die Voraussetzung für Frieden und Sicherheit für alle Menschen der Region geschaffen.



Mit diesem Heft wenden wir uns an Gruppen, Organisationen und Einzelne, sich der bundesweiten Kampagne „Stoppt die Mauer in Palästina/Für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel“ anzuschließen. Weisen Sie mit Mahnwachen, Infoständen, Vorträgen auf das Unrecht von Mauer und Besatzung hin. Sammeln Sie Unterschriften für die Petition der „Europäischen Kampagne für Sanktionen gegen die israelische Besatzung“ (siehe Beilage zu diesem Heft) und greifen Sie die in diesem Heft vorgestellten Aktionen auf. Damit unterstützen wir die Friedenskräfte wie die Kampagne gegen die Apartheidmauer in Palästina, Taayush und Gush Shalom in Israel in ihrem Widerstand gegen Mauer und Besatzung.

Die Diskussion des israelisch-palästinensischen Konflikts gerade in Deutschland ist hoch emotionalisiert. Dennoch wollen wir nicht nur sachliche Informationen zur Verfügung stellen, sondern auch die Bitterkeit der betroffenen PalästinenserInnen spürbar werden lassen. Denn ohne dass deren legitime Anliegen endlich angemessen wahrgenommen und beantwortet werden, wird es keinen dauerhaften Frieden in dieser so wichtigen Region geben.

Matthias Jochheim
Bernd Klagge

George Rashmawi
Wiltrud Rösch-Metzler

Im Februar 2005 demonstrierten Palästinenserinnen und Palästinenser in Ar Ram, Beit Hanina, Rafat und Ramallah. Es wurde der Abriss der bereits 245 Kilometer langen Mauer und die Einhaltung des Beschlusses des Internationalen Gerichtshofes gefordert. In Deir Ballut im Distrikt Salfit, einem Dorf, das komplett von der Mauer eingeschlossen sein wird, wurde mit Parolen wie „No to the Apartheid Wall“ und „Humanity – Shame on You“ die internationale Gemeinschaft zum Handeln aufgefordert.



Koordinationskreis Stoppt die Mauer in Palästina

Für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel

Mit diesem Artikel dokumentieren wir in knapper Form unser Selbstverständnis als Koordinationskreis Stoppt die Mauer in Palästina / Für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel, sowie die aktuelle Liste seiner Mitglieder und der Unterstützer der Kampagne. Ausführlichere Informationen hierzu können nachgelesen werden auf: www.stopptdiemauer.de

Wir arbeiten für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel. Zusammen mit palästinensischen und israelischen Friedens- und Menschenrechtsorganisationen treten wir für ein Ende der Besatzung ein. Der Mauerbau in den besetzten palästinensischen Gebieten ist ein weiterer eklatanter Völkerrechtsverstoß und ein neues gigantisches Hindernis zum Frieden.

Zusammen mit der palästinensischen Kampagne gegen die Apartheidmauer fordern wir:

- den sofortigen Baustopp der Mauer
- den Abbau aller schon gebauten Anlagen
- die Rückgabe des Landes und die Entschädigung für Ernteaussfälle und andere durch den Mauerbau entstandene Schäden

Kampagnenarbeit

Unsere bisherigen Aktivitäten:

- Verabschiedung der Kölner Erklärung „Den Mauerbau unverzüglich stoppen!“ am 17. Januar 2004 durch ein Bündnis aus der Friedens- und Solidaritätsbewegung
- Internationale Konferenz „Stop the Wall“ am 5. Juni 2004 in Köln mit über 300 Teilnehmenden
- Aktionstag am 25. September 2004 zum Jahrestag der Intifada in Köln, Hamburg, Berlin, Magdeburg, Stuttgart, Frankfurt/Main
- Rundreise mit Jamal Juma, Koordinator der palästinensischen Kampagne im Dezember 2004, Veranstaltungen in Frankfurt/Main, Stuttgart, Berlin, Hamburg, Köln

Aktuelle Aktivitäten:

- Beteiligung am deutschen und am europäischen Sozialforum

- Bewusstseinsbildung zur Auswirkung der Mauer auf PalästinenserInnen und Israelis
- Öffentlichkeitsarbeit zum Urteil des Internationalen Gerichtshofs
- Verstärkung des Drucks auf die deutsche und die EU-Politik, damit diese von Israel die Einhaltung von Völkerrechts- und Menschenrechtsstandards verlangt
- Beobachten, wo deutsche Firmen von einer völkerrechtswidrigen Praxis profitieren und Protest dagegen

Die Mauer und ihre Folgen

Die „Sperranlage“ (separation barrier) ist das größte Bauwerk in der Geschichte Israels mit geschätzten 2,5 Milliarden Dollar Kosten. Ein großer Teil der „Sperranlage“ besteht aus Panzerstraßen, Gräben und Zäunen. Ein anderer Teil der „Sperranlage“ besteht aus einer acht Meter hohen Betonmauer mit Wachtürmen.

Von den 22 % des ehemaligen Mandatsgebiets Palästina, die für einen Palästinenserstaat vorgesehen sind, (die anderen 78 % sind israelisches Staatsgebiet) nehmen Mauer und mehr als 200 israelische Siedlungen weiter Land. Knapp 50 % der Fläche der Westbank werden einem zukünftigen Staat Palästina fehlen.

Die Mauer macht die ertragreichsten landwirtschaftlichen Gebiete der Westbank und wichtige Wasserressourcen unzugänglich. Mittlerweile wird offen mit der Annexion dieser Landstriche gedroht. Neben den wirtschaftlichen Folgen sind vor allem die Auswirkungen auf das Bildungssystem und die Gesundheitsversorgung dramatisch, da die ländlichen

Spendenkonto des Koordinationskreises

IPPNW, Kto.-Nr. 600 42 355
Stichwort „Mauerkampagne“
Sparkasse Rastatt-Gernsbach
BLZ 665 500 70



Zububa ist ein Dorf im Distrikt Jenin, das auf drei Seiten von der Mauer eingeschlossen ist. Auf einer Demonstration der palästinensischen Einwohner am 9. November 2003 wurden Teile des Drahtes von der Mauer heruntergerissen. Das israelische Militär ging mit Gas und scharfer Munition gegen die Demonstration vor. Das Schild auf dem Foto bedeutet „Nein zur Kolonisation“.

Gemeinden von einander und von ihren städtischen Zentren isoliert werden.

Die Mauer zwingt viele PalästinenserInnen zur Abwanderung und führt so zu einer schleichenden ethnischen Säuberung. Sie verfestigt ein System von kleinen palästinensischen Enklaven und erinnert damit an die südafrikanischen Bantustans.

Die Mauer verletzt das Völkerrecht

Die israelische Regierung begründet den Mauerbau mit dem in der UN-Charta verankerten Recht auf Selbstverteidigung. Der Internationale Gerichtshof hat dieser Rechtsauffassung nicht zugestimmt und festgestellt, dass der Verlauf der Mauer nicht rechtmäßig ist. Die UN-Generalversammlung hat das Gutachten bestätigt.

Die Haager Richter bestätigten, dass Israel als Besatzungsmacht an das humanitäre Völkerrecht und an die Standards der beiden Menschenrechtspakete gebunden ist. Auch und gerade wegen seines legitimen Sicherheitsanliegens – so das Gutachten – ist Israel an die Vierte Genfer Konvention gebunden. Die Richter folgern daraus, dass Israels Mauerbau in besetztem Gebiet eine Völkerrechtsverletzung darstellt.

Zur Beendigung des Rechtsverstößes hält der Gerichtshof drei Maßnahmen für notwendig: (a) die Beendigung des Mauerbaus, (b) den Abbau der bestehenden Baukonstruktion und (c) die Aufhebung von Rechtssetzungsakten im Zusammenhang mit dem Mauerbau. Zudem stellt das Gutachten fest, dass Israel Entschädigung für entstandene Schäden leisten muss.

Der IGH betont aber auch, dass alle Staaten verpflichtet sind, keine finanzielle Unterstützung zu leisten, die diese rechtswidrige Situation aufrechterhalten könnte. Die Vertragsparteien der Vierten Genfer Konvention müssen durchsetzen, dass Israel das humanitäre Völkerrecht einhält. (Website des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag: www.icj-cij.org)

Organisation der Kampagne und des Koordinationskreises

Der bundesweite Koordinationskreis wurde im Anschluss an die internationale Konferenz

„Stop the Wall“ in Köln beschlossen und konstituierte sich am 11. Juli 2004 in Frankfurt. Die Kampagne gab sich den Namen „Stoppt die Mauer in Palästina/Für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel“.

Schwerpunkt der Arbeit des Koordinationskreises ist die Mauer in Palästina. Gleichzeitig richten sich die Aktivitäten gegen die israelische Besatzung als das Hauptproblem.

Im Koordinationskreis wirken folgende bundesweit tätigen Organisationen mit:

- Deutsch-Palästinensische Gesellschaft
- International Solidarity Movement, ISM Deutschland
- IPPNW, Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung
- Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost
- Linksruck
- Palästinensische Gemeinde Deutschland
- Pax Christi deutsche Sektion
- Vereinigung für internationale Solidarität

Weitere Unterstützer der Kampagne:

Arbeitskreis Israel/Palästina Bonn; Arbeitskreis Palästina/Israel Frankfurt; Attac AG Globalisierung und Krieg; Bund für Soziale Verteidigung; Bundesausschuss Friedensratschlag; Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e.V.; Deutsches Mennonitisches Friedenskomitee; Deutsch-Palästinensischer Frauenverein e.V.; DFG-VK, Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner; Flüchtlingskinder im Libanon e.V.; Friedens- und Zukunftswerkstatt Frankfurt/Main e.V.; Gesellschaft zur Humanitären Unterstützung der Palästinenser e.V. (G.H.U.P.); Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg; Kooperation für den Frieden; Najdeh e. V., Soziale Hilfsorganisation für die Palästinenser; Palästinensische Gemeinde Köln e.V.; Plädoyer für eine Ökumenische Zukunft; Pro Ökumene; Projekt Freundschaft Birzeit-Münster e.V.; Palästina Komitee Stuttgart



Aktivistinnen und Aktivisten von Gush Shalom, dem „Friedensblock“ in Israel beteiligen sich regelmäßig an den Demonstrationen gegen die Mauer. Die Demonstration auf dem Foto mit dem Schild von Gush Shalom fand im Februar 2004 auf der palästinensischen Seite der Mauer in Abu Dis nahe Jerusalem statt. Für Israelis ist die Teilnahme dort illegal.



50 Jahre deutsch-israelische Rüstungskooperation

Geheimhaltung und gegenseitiger Nutzen / von O. Nassauer & C. Steinmetz

Es gibt Dinge, die es eigentlich gar nicht geben kann. 1955 und 1956 baute die deutsche Jacht- & Bootswerft Burmester zwei Patrouillenboote und schickte sie auf die Reise nach Israel. Rüstungsgüter, deren Herstellung Deutschland damals eigentlich noch untersagt war. Die deutsch-israelische Rüstungskooperation feiert in diesem Jahr 50. Geburtstag, die diplomatischen Beziehungen lediglich den 40. Klarer kann es kaum zum Ausdruck kommen: Deutsch-israelische Beziehungen sind nicht nur besondere, sie sind auch von vielen Besonderheiten geprägt.

Zwei Merkmale prägen diese Kooperation: Weit gehende Geheimhaltung und der Nutzen auf Gegenseitigkeit. Beide Staaten wollten in den 50er-Jahren so schnell wie möglich schlagkräftige Armeen aufstellen. Deutschlands Interesse am Aufbau rüstungswirtschaftlicher Kapazitäten und Israels Interesse an einem günstigen, zuverlässigen und seiner Existenz verpflichteten Lieferanten ließen sich in Deckung bringen. Bereits 1958 vereinbarten Shimon Peres und Franz Josef Strauß weitere Rüstungslieferungen nach Israel. Als diese deutsch-israelischen Geschäfte öffentlich wurden, drohten die arabischen Staaten mit diplomatischen Konsequenzen, unter anderem mit der Anerkennung der DDR. Israel forderte ein Ende der deutsch-ägyptischen Rüstungszusammenarbeit. Konrad Adenauer entsandte als Teil seiner Lösungsstrategie den Thyssen-Manager Kurt Birrenbach als „Sonderbeauftragten des Bundeskanzlers für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen“ nach Israel. Die Rüstungskooperation bekam eine Katalysatorfunktion für die Aufnahme offizieller Beziehungen.

Beide Seiten betrachteten die Kooperation über kurze und informelle Wege von Anfang an als beste Strategie. Noch 1991 hielt das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) fest: „Seit Beginn der Zusammenarbeit mit Israel ist es ständige Praxis aller Regierungen

gewesen, diese Kooperation möglichst wenig öffentlich zu gestalten oder zu formalisieren.“ Das minimierte den Einfluss öffentlicher Kontroversen in beiden Staaten über die deutschen Verbrechen im Krieg und den Holocaust auf die Zusammenarbeit sowie das Risiko, die Beziehungen zu anderen Kooperationspartnern wie den arabischen Staaten zu belasten.

Auf der Strecke blieb die parlamentarische und demokratische Kontrolle. Zumindest bis gegen Ende der 80er-Jahre wurde die Kooperation oft über Bundesnachrichtendienst (BND) und Mossad koordiniert oder abgewickelt. Das belegen skandalträchtige Beispiele wie die deutsche Bestellung israelischer Störsendertechnik für den Jagdbomber Tornado am Bundestag vorbei – Codewort „Cerberus“ – in den 80er-Jahren und die Lieferung von NVA-Waffen an Israel als „land- und forstwirtschaftliches Gerät“ 1991.

2002 bekräftigte Kanzler Schröder die Sonderstellung Israels: „Ich will ganz unmissverständlich sagen: Israel bekommt das, was es für die Aufrechterhaltung seiner Sicherheit braucht, und es bekommt es dann, wenn es gebraucht wird.“

Im deutsch-israelischen Geschäft zum gegenseitigen Nutzen dominierten in den ersten Jahrzehnten zwei Formen der Zusammenarbeit: Die Lieferung von Waffen aus Deutschland nach Israel und die gemeinsame Auswertung sowjetischer Waffentechnologie. Später kam der Israel Devisen bringende Kauf israelischer Rüstungsgüter durch die Bundeswehr hinzu. Deutschland lieferte Israel anfangs Waffen der Wehrmacht und ältere US-Panzer, die für den Aufbau der Bundeswehr nicht gebraucht wurden. Später folgten modernisierte Modelle. Manche Lieferung erfolgte über Umwege: Noratlas-Transportflugzeuge erreichten Israel über Frankreich; U-Boote des Typs Gal wurden nach deutschen Plänen von deutschen Ingenieuren in Großbritannien zusammengebaut, Schnell-



Täglich protestierten Anfang 2004 die Bewohner des Dorfes Beit Duqqu nordwestlich von Jerusalem gegen den Bau der Mauer in ihrer unmittelbaren Nähe, um die sinnlose Zerstörung des Landes zu stoppen. Das Foto zeigt eine Frau, die sich am Fuß eines Hügels ausruht, während auf dem Hügel die israelische Armee das Land für den Mauerbau vorbereitet.



boote in Frankreich „endmontiert“. Doch eine Einbahnstraße Richtung Israel war dies nicht. Das zeigt die Kooperation bei der Auswertung sowjetischer Waffentechnologie seit 1967. Bis weit in die 80er-Jahre stellte Israel Beutewaffen und Auswertungsberichte über beschlagnahmte Rüstungsgüter Deutschland zur Verfügung. Drei Kriege 1967, 1973 und 1982 sorgten für neuen Nachschub. Die Bundeswehr und die deutsche Rüstungsindustrie profitierten erheblich. Die Erkenntnisse wurden für die Planung deutscher Waffen benutzt: Sowjetische T-62-Panzer und BMP-1-Schützenpanzer standen Pate, als der Leopard-Panzer und der Schützenpanzer Marder entwickelt wurden. 1991 sagte der Parlamentarische Staatssekretär im BMVg, Willi Wimmert: „Wir haben daraus großen Nutzen gezogen.“

Technische Fortschritte, die bundesdeutsche Rüstungsfirmen machten, wurden oft auch in Israel genutzt. Israelische Rüstungsunternehmen übernahmen in den 70er- und 80er-Jahren wesentliche Neuentwicklungen, die sie heute teils als Eigenentwicklungen erachten. Dazu gehören Reaktiv-Panzerungen und die 120-Millimeter-Glattohrkanone des Leopard 2. Geheimhaltung blieb weiterhin ein Markenzeichen der Zusammenarbeit: Als aus dem AEG-

Werk Wedel 1986 modernste Stabilisierungssysteme für Panzertürme geliefert werden sollten, gab es die Anweisung an die Beschäftigten: „Auf allen Einzelteilen (...) darf kein AEG-Zeichen vorhanden sein.“

Der Golfkrieg 1991 mit seinen irakischen Scud-Angriffen auf Israel führte erneut zu einer Welle kostenloser deutscher Waffenlieferungen an Israel. Die Bundesregierung schenkte Israel zwei modernste Flugabwehr-Batterien vom Typ Patriot sowie acht Spürpanzer Fuchs. Wichtiger noch war die Finanzierung eines alten israelischen Wunsches: Zwei U-Boote des vom deutschen Ingenieurbüro IKL für Israel entwickelten Typs Dolphin. Später kam die Teilfinanzierung für ein drittes hinzu. Sie wurden 1998 bis 2000 geliefert, in Israel aufwändig umgebaut und in Dienst gestellt. Sie verfügen neben sechs Standard-Torpedorohren über vier größere Torpedorohre vom Kaliber 650 Millimeter. Als diese Tatsache bekannt wurde, begannen intensive Diskussionen, ob Israel die deutschen U-Boote umrüstet, um aus den großen Torpedorohren Nuklearwaffen zu verschießen und sich ein seegestütztes Abschreckungspotenzial zuzulegen.

Nützlich erwies sich Deutschland für Israel auch als direkter Devisenbringer. Seit den 70er-Jahren waren deutsche Rüstungsbestellungen bei der israelischen Industrie eine wichtige Geldquelle für Israel. Für Munitionslieferungen flossen von 1973 bis 1989 rund 800 Millionen Euro. Das Cerberus-Projekt brachte über 500 Millionen Euro. Nach der Vereinigung Deutschlands, dem Ende des Kalten Krieges und den Erfahrungen mit den Golfkriegslieferungen war die Bundesregierung bestrebt, die Zusammenarbeit mit Israel an die Form der Zusammenarbeit mit anderen Staaten anzupassen. Ziel war es, stabile und verlässliche Rahmenbedingungen für die Rüstungskooperation zu gewährleisten, direkte finanzielle Hilfen aber zu vermeiden.

Dies schien möglich, weil die industrielle Rüstungskooperation mittlerweile deutlich mehr Dynamik zeigte. Unternehmen beider Staaten erkannten früh die Chancen, die ihnen eine Kombination ihrer Stärken auf den Rüstungsmärkten eröffnen würde. Die deutsche Industrie besaß die Fähigkeit zur Systemintegration

Am 7. April 2004 zerstörte das israelische Militär mit Bulldozern die Felder beim Dorf Biddu, um dort den Bau der Mauer vorzubereiten. Die spontane Demonstration der Bewohner wurde mit Gas und Gummigeschossen angegriffen und eingekesselt. Kurz danach begannen junge Palästinenser mit Steinen auf die israelischen Soldaten zu werfen, die daraufhin mit scharfer Munition schossen. Es gab insgesamt etwa 40 Verletzte. Das Land bei Biddu soll auch für die Erweiterung von mehreren israelischen Siedlungen genutzt werden.



und zur Modernisierung von Waffensystemen nach NATO-Standards. Israelische Unternehmen verfügten unter anderem über hochmoderne militärische Komponenten in den Bereichen Avionik, Sensorik, Kommunikationselektronik und elektronische Kampfführung. Gemeinsam konnten sich zum Beispiel die deutsche DASA und die israelische Elbit 1999 den Auftrag zur Modernisierung von 39 griechischen Phantom-Kampfflugzeugen sichern.

Eine zweite Chance bestand darin, gemeinsam neue Märkte zu erschließen oder Schlüsselkomponenten in Staaten zu exportieren, die sonst nicht ohne weiteres bedient werden konnten. So gelangten deutsche Rüstungsgüter über Israel nach Indien, Sri Lanka oder in die Türkei. Umgekehrt öffnete sich für israelische Firmen über ihre deutschen Partner der viel versprechende europäische Markt. Seit 1995 bieten Zeiss Optronik und die israelische Firma Rafael gemeinsam die Aufklärungs- und Zielerfassungssysteme Litening Pod und Recce Lite an. Rafael, eine israelische Firma, offeriert seine Panzerabwehrrakete Spike seit 1998 in Europa über das Konsortium Eurospike. Für europäische Kunden übernehmen deutsche Firmen wie Atlas Elektronik, Diehl Munitionssysteme und Rheinmetall DeTec wesentliche Teile der Produktion. Für die israelische Rüstungsindustrie ist der europäische Markt von zentraler Bedeutung, denn sie ist in hohem Maß exportabhängig. 2003 erklärte Yossi Ben-Hanan, Direktor der Exportagentur des israelischen Verteidigungsministeriums (SIBAT), dass jährliche Exportaufträge im Wert von etwa zwei Milliarden Euro notwendig seien, um die Kapazitäten Israels auszulasten. Von israelischer Seite besteht natürlich weiter ein starkes Interesse, traditionelle, devisensparende Kooperationsformen mit Deutschland weiterzuführen. So hofft man derzeit, rund 100 gepanzerte Truppentransporter vom deutschen Typ Dingo-2 mithilfe amerikanischer Militärhilfsmittel zu finanzieren und mit Deutschland ein vorteilhaftes Finanzierungsmodell für zwei weiterentwickelte U-Boote vom Typ Dolphin auszuhandeln.

Die Rüstungskooperation wird ein wesentlicher und politisch brisanter Bestandteil der

deutsch-israelischen Beziehungen bleiben. Unter den Gesichtspunkten einer restriktiven Rüstungsexportpolitik und der Nichtverbreitung bleiben Israel und seine Rüstungsindustrie problematische Partner. Israel gilt als unerklärte Atommacht in einer Krisenregion. Beim Vorgehen seiner Armee in den palästinensischen Autonomiegebieten kann eine erneute Verschärfung nicht ausgeschlossen werden. Es wäre fahrlässig von der Bundesregierung darauf zu hoffen, dass auch zukünftig wenige große Exportvorhaben wie zum Beispiel weitere U-Boote die Vielzahl der Geschäfte mit Rüstungskomponenten unter anderem für Kampfpanzer überlagern und aus der Diskussion halten werden. Die zunehmende rüstungspolitische Abstimmung in der EU wird dafür sorgen, dass die anderen EU-Staaten sich dieses Sonderverhältnis genauer anschauen.

Auf Dauer werden die traditionellen, legitimierenden Argumentationsmuster der Bundesregierung kaum greifen. Ein wachsender Teil der Kooperationsvorhaben mit Israel hat keinen direkten Bezug zur Sicherheit und zum Existenzrecht Israels mehr. Die gelieferten Rüstungskomponenten dienen auf beiden Seiten wirtschaftlichen und finanziellen Interessen. Mit dem Ausbau der industrieseitigen Kooperation bei Schlüsseltechnologien wächst die gegenseitige Abhängigkeit. Dies verträgt sich kaum mit einer pauschalen Duldung des bisher praktizierten Handelns des Partners. Auch eine unwissentliche Beihilfe zum Auf- oder Ausbau atomarer Kapazitäten oder zur Weiterverbreitung von Trägertechnologien an Drittstaaten würde mehr als die guten bilateralen Rüstungsbeziehungen erschüttern.

Otfried Nassauer ist freier Journalist und leitet das Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit – BITS (www.bits.de). Christopher Steinmetz (kerisu@bits.de) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei BITS und als freier Journalist tätig.

Dieser Artikel stammt aus der Wochenzeitung Das Parlament, Ausgabe 15 / 11. April 2005



Der Ort Abu Dis wurde durch die Mauer in ein Getto verwandelt. Die Bewohner können den Rest von Jerusalem nicht erreichen. Die „Öffnungen“, durch die es wie auf diesem Foto zeitweise möglich war, die Mauer zu passieren, wurden inzwischen geschlossen und mit Stacheldraht entlang der Mauer gesichert.

Palästina ist unverkäuflich

von Jamal Juma (Palästinensische Kampagne gegen die Apartheidmauer)

Wer die Berichte über den palästinensischen Widerstand im Februar und März 2005 aufmerksam verfolgt hat, sieht zwei Entwicklungen:

Erstens gab es eine enorme Eskalation des Volkswiderstands gegen die sich weiter intensivierende israelische Besatzung und Apartheid. Der Widerstand erstreckt sich inzwischen auf alle Gebiete der Westbank. Brennpunkte waren die Orte Hebron, Beit Surik, Safa, Nî'ilin und besonders Budrus. Auch die Demonstration vom 14. März in Ramallah gegen den Besuch des UN-Generalsekretärs Kofi Annan stellte einen der Höhepunkte der augenblicklich in der ganzen Westbank laufenden Mobilisierung gegen die Apartheidmauer dar.

Zweitens intensiviert sich der palästinensische Widerstand trotz politisch nachteiliger Entwicklungen, die darauf abzielen, die PalästinenserInnen zu passiven Subjekten zu degradieren, während gleichzeitig die rassistische Kolonisierung durch das Apartheidmauerprojekt auf palästinensischem Boden unvermindert voranschreitet. Wir können diese Entwicklungen kurz zusammenfassen:

Die Sharm-El-Sheikh-Konferenz; die Ankündigung der Besatzungsmacht, Änderungen am Verlauf der Apartheidmauer vorzunehmen; die Konferenz in London am 1. März 2005 und die immer offensichtlichere Positionierung der UNO, die Fragen der Apartheidmauer nur noch unter „humanitärem“ Blickwinkel zu diskutieren.

Das Thema Mauer wurde beim Gipfel von Sharm el-Sheikh gar nicht erst angesprochen und wird nur oberflächlich in einem nichts sagenden gemeinsamen Statement als ein „kontroverses Thema“ erwähnt. Als ein Ergebnis der Konferenz wurde außerdem betont, dass der palästinensische Widerstand momentan eine Phase der „Beruhigung“ nötig hätte. Dies wird selbstverständlich erwartet, während der Bau der Apartheidmauer und die Erweiterung der Siedlungen unvermindert weitergehen.

Palästinensische Kampagne im Internet www.stophthewall.org www.stophthewall.de

Die palästinensische Kampagne gegen die Apartheidmauer (The Grassroots Palestinian Anti-Apartheid Wall Campaign) entstand im Oktober 2002, drei Monate nachdem Israel begonnen hatte, in Palästina die Mauer zu bauen. Die Kampagne ist fest in den besetzten Gebieten verwurzelt. Zahlreiche Organisationen und 50 Komitees, die in den Gemeinden entlang der Mauer gegen die Apartheidmauer kämpfen, sind in ihr zusammen geschlossen.

Die Webseite enthält aktuelle Berichte, Analysen, Zahlen, Karten, unzählige Fotos und Videos. Sie richtet sich an die AktivistInnen in aller Welt. Sie dokumentiert Aufrufe, Flugblätter, Poster und berichtet von den zahlreichen Aktionen rund um den Globus gegen die Mauer in Palästina.

Die Besatzungsmacht hat die ausweglose Situation sogar dazu benutzt, die dritte Phase des Mauerbaus, mit der sie im November im Süden begann, zu beschleunigen. Mit besonders großem Eifer schreitet der Bau der Apartheidmauer rund um Jerusalem und Bethlehem voran.

Die Besatzungsmacht hat einen „reformierten“ Bauplan vorgelegt. Damit soll einerseits das IGH-Gutachten untergraben und andererseits mit der Reform des Mauerverlaufs den Wünschen der USA und der Europäer entsprochen werden. Auch wenn im Mauerverlauf in einzelnen Dörfern Veränderungen vorgenommen wurden, annektiert die Mauer zusammen mit dem nur für Israelis frei zugänglichen Siedlungs- und Straßennetz und den militärischen Sperrzonen weiterhin (und genau wie zuvor) 47 % der Westbank. Die PalästinenserInnen in ihren Reservaten bleiben, auch wenn diese mit Tunneln und Brücken untereinander verbunden sind, weiterhin unter

Im Rahmen der Aktionswoche gegen die Mauer im November 2003 demonstrierten 1000 Menschen aus Tul Karem zum isolierten Dorf Baqa ash Sharqiyya, von wo ebenfalls eine Demonstration zur Mauer startete. Das Foto zeigt, wie israelische Soldaten die Demonstration aus Tul Karem daran hindern, den entgegenkommenden Demonstrationszug aus Baqa ash Sharqiyya an der Mauer zu treffen.





der vollen Kontrolle der Besatzungsmacht. Neu an der veränderten Mauerlinie ist eigentlich nur, dass sie jetzt unter der Bezeichnung „disengagement plan“ (so genannter „Rückzugsplan“) läuft, der von den Amerikanern und Europäern als Teil der „Road Map“ unterstützt wird.

Die PalästinenserInnen weisen die Bezeichnung „lebensfähiger Staat“ für die in der Westbank geschaffenen isolierten Reservate entschieden zurück.

Für das palästinensische Volk ist es un schwer zu erkennen, dass die Mauer heute als Bulldozer für das expansionistische zionistische Kolonialprojekt in Palästina dient, denn es hat jahrzehntelange Erfahrung mit dem Kolonialismus und der Zerstörung seiner Lebensgrundlage, seiner Würde und seiner Dorfgemeinschaften.

Während man damit rechnen musste, dass Israel das IGH-Gutachten ignorieren würde, verschwand der Ruf nach Erfüllung in den entscheidenden Momenten sogar aus dem Forderungskatalog der Palästinensischen Autonomiebehörde. Für die Europäer und die Amerikaner war der Verlauf der Mauer – und nicht die Mauer an sich – das Problem. So scheint es, als ob das IGH-Gutachten von allen Beteiligten annulliert worden sei, außer vom palästinensischen Volk, dem direkt betroffenen Volk, das bei jeder sich ergebenden Gelegenheit verlangt, dass das Völkerrecht respektiert und das IGH-Gutachten vollständig umgesetzt werde.

Die Normalisierung der Apartheidmauer tritt unter Missachtung des Völkerrechts auch im Sprachgebrauch der UNO immer klarer zu Tage. Die UNO zieht es vor, die Frage eher als „humanitäres“, denn als politisches Problem zu behandeln. Kofi Annan wiederholte bei seinem Besuch im Westjordanland die schon zuvor ver-

öffentlichte Ankündigung der UNO, man wolle ein Schadensregisterbüro für all jene einrichten, die durch die Mauer geschädigt worden seien. Diese Maßnahme ist in einem Kontext, in dem der Druck der UNO auf Israel, den Mauerbau zu stoppen, völlig fehlt, höchst alarmierend. Versucht die UNO, das palästinensische Volk mit Geld ruhig zu stellen, statt die Achtung des internationalen Rechts zu garantieren? In der Fülle der Berichte und Statements der UN-Funktionäre wird ausnahmslos vor den humanitären Auswirkungen gewarnt, das wahre Problem der wachsenden Mauer aber ignoriert. So hilft auch die UNO mit, den voranschreitenden Bau der Apartheidmauer zu legitimieren.

Der offene Ausverkauf des palästinensischen Volkes, seines Landes und Widerstandes feierte bei der Konferenz in London am 1. März Premiere. Außenminister, Weltbankfunktionäre und Annan haben der Palästinensischen Behörde dort bis zu 1,2 Milliarden Dollar versprochen. Das war ein bisschen mehr als die Minimalsumme (900 Millionen Dollar), die von der Weltbank in ihrem Bericht vom Dezember 2004 berechnet worden war. Er erinnert an eine Heimwerkeranleitung dafür, wie man ein ganzes Volk in einem Freiluftgefängnis hinter der Apartheidmauer am besten verwalten könne, und enthält eine detaillierte Analyse der finanziellen Anforderungen dazu. Der Engpass der Durchführbarkeitsstudie der Weltbank – die hochmodernen Tore der Apartheidmauer – ist mit einem Spendenvorschlag der Bank gelöst worden und steht nun im Wettbewerb mit dem konkreten Angebot der USA, das Projekt zu finanzieren. (Anmerkung: Mittlerweile haben die USA schon die ersten Gelder bereitgestellt.) Doch trotz der peinlich genauen Berechnungen der bedeutendsten Finanzexperten der Welt und der „Großzügigkeit“ der Geberstaaten steht eines fest: Das palästinensische Volk verkauft sein Land und Leben nicht.

18. März 2004

Jamal Juma ist Koordinator der palästinensischen Kampagne gegen die Apartheidmauer.

Dieser Artikel von der Webseite www.stopthewall.de wurde gekürzt. Für den ungekürzten Text siehe: www.stoptdiemauer.de



Der Ort Qalqiliya und seine 42.000 Bewohner werden durch eine mehrere Kilometer lange Schleife der Mauer eingeschlossen. Um zu ihren Feldern auf der anderen Seite der Mauer zu gelangen, müssen die Bauern oft stundenlang warten. Auf dem Foto spielen Kinder aus Qalqiliya im Schatten der Mauer.

Gaza: Ein großes Gefängnis

Bericht israelischer Menschenrechtsorganisationen

„Das einzige, was in Gaza noch fehlt, ist ein morgendlicher Antrittsapell“, sagte Abu Majid, der zehn Jahre in israelischen Gefängnissen verbrachte, im Jahr 1996 zu der israelischen Journalistin Amira Hass. Dieser sarkastische Kommentar bringt die Frustration der Einwohner von Gaza über die von Israel vollzogene Abriegelung zum Ausdruck.

Der Rückzugsplan: Beendet er tatsächlich Israels Verantwortung?

Am 6. Juni 2004 verabschiedete die israelische Regierung mehrheitlich den geänderten Rückzugsplan. Wesentlicher Bestandteil ist der Rückzug der bewaffneten Streitkräfte aus dem Gaza-Streifen und die Evakuierung sämtlicher dortiger Siedlungen. Am 20. Februar 2005 erteilte die Regierung ihre endgültige Zustimmung zur Räumung der Siedlungen.

Es ist zu erwarten, dass Israel nach dem Rückzug die Kontrolle über die Schlüsselgebiete in Gaza behalten wird. Trotzdem erklärte die Regierung, dass „der Abschluss des Plans Klagen gegen Israel bezüglich seiner Verantwortung für Palästinenser entkräften wird“. Diese Stellungnahme entbehrt nach internationalem Recht jeder Grundlage.

Laut Völkerrecht handelt es sich um Besatzung, wenn ein Staat als Ergebnis eines bewaffneten Konflikts „effektive Kontrolle“ über Gebiete jenseits seiner Grenzen ausübt. Effektive Kontrolle muss nicht bedeuten, dass dafür eine permanente Militärpräsenz in allen Bereichen des Gebietes gegeben sein muss:

- Erstens ändert der Rückzugsplan nichts an den Regelungen für Palästinenser für Reisen nach Israel oder in die Westbank oder für Israelis, die nach Gaza wollen. Zur Einreise von Arbeitern sei es langfristiges Ziel, „die Anzahl der palästinensischen Arbeiter, die nach Israel reisen, auf Null zu reduzieren“.
- Zweitens sieht der Plan vor, dass Israel den Grenzstreifen zu Ägypten, die Philadelphi

Der Gazastreifen weist mit 1,3 Millionen Menschen auf 365 Quadratkilometern eine der höchsten Bevölkerungsdichten der Welt auf. 1994 begann die Regierung Rabin, den Gazastreifen mit Mauern und Stacheldraht einzuzäunen. Vor kurzem kündigte Israel außerdem an, die Grenze zum Gazastreifen mit einer 1000 Meter langen ins Wasser hinein gebauten Mauer zu sichern.

Im März 2005 präsentierten die israelischen Menschenrechtsorganisationen B'Tselem (Zentrum für Menschenrechte in den besetzten Gebieten, www.btselem.org) und HaMoked (Zentrum zur Verteidigung des Individuums, www.hamoked.org.il) ihren Bericht „Ein großes Gefängnis“. Er ist die Basis für diesen Artikel. Der vollständige englische Bericht ist abrufbar über die Webseite: www.stopptdiemauer.de

Route, weiterhin kontrollieren wird und „die Regierung es in der Zukunft erwägen wird, dieses Gebiet zu verlassen“. Die israelische Präsenz entlang dieses Streifens sei jedoch „ein lebenswichtiges Sicherheitserfordernis“ und „in bestimmten Orten kann die Ausweitung des Gebietes, in dem die Armee aktiv ist, notwendig sein“. Somit ist klar, dass der Plan nichts an der Situation für Reisen von Gaza nach Ägypten ändern wird.

- Drittens wird Israel die alleinige Kontrolle des Luftraums und der Wassergebiete im Gaza-Streifen behalten. Für den Fall eines Rückzugs aus der Philadelphi Route in der Zukunft jedoch „wird der Staat Israel bereit sein, die Errichtung eines Hafens und eines Flughafens in Erwägung zu ziehen“. In jedem Fall „bleiben die zurzeit bestehenden Wirtschaftsabkommen zwischen Israel und den Palästinensern grundsätzlich weiter in Kraft“.
- Schließlich erklärt die Regierung, dass die Armee auch nach einem Rückzug weiterhin

Im Mai 2004 rückte die israelische Armee in das dicht besiedelte Flüchtlingslager Rafah im Süden des Gazastreifens an der Grenze zu Ägypten ein. Im Grenzstreifen wurden systematisch Häuser zerstört und das Land geräumt. Eine mehrere Kilometer lange, acht Meter hohe Stahlmauer wurde gebaut und ein militärisches Sperrgebiet eingerichtet.



Operationen im Gaza-Streifen durchführen wird: „Der Staat Israel behält sich das Grundrecht der Selbstverteidigung vor. Dies beinhaltet den Einsatz von Gewalt sowohl bei Präventivmaßnahmen als auch bei Gegenschlägen auf Bedrohungen, die vom Gaza-Streifen ausgehen“.

Selbst wenn Israel sich dazu entschließen würde, auf diese Kontrollmittel zu verzichten und den Gaza-Streifen nicht länger zu besetzen, würde es immer noch diverse Verpflichtungen gegenüber der lokalen Bevölkerung haben.

Diese Verpflichtungen beinhalten den speziellen Schutz der Verwundeten und Kranken, der Kinder unter 15 Jahren und der werdenden Mütter. Des Weiteren muss Israel den freien Transit sämtlicher Lieferungen von Medikamenten und Grundnahrungsmitteln gestatten und es außerdem medizinischen Teams ermöglichen, Hilfe zu leisten. Darüber hinaus ist es Israel verboten, Kollektivstrafen zu verhängen. Eine Person willkürlich davon abzuhalten, aus Gaza auszureisen, um sich im Ausland einer medizinischen Behandlung zu unterziehen, ist auch nach dem Rückzug ein Verstoß gegen das Recht dieser Person auf Gesundheit.

Schlussfolgerungen

In den letzten viereinhalb Jahren hat Israel die Bewegungsfreiheit in den Gazastreifen und von dort heraus stark eingeschränkt. Dadurch wurde das Gebiet zu einem einzigen großen Gefängnis. Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass es für Bewohner Israels und der Westbank leichter ist, einen Elternteil oder ein Kind im Gefängnis zu besuchen als im Gazastreifen. Israel betrachtet die Bewohner der besetzten Gebiete nicht als Individuen mit Rechten, die ihnen als Menschen zustehen. Diese Auffassung hat viele Menschenrechte zu „humanitären Gesten“ gemacht, die Israel selten gewährt.

Israel stranguliert alle Reisewege der Palästinenser. Der Gazastreifen und die Westbank, die im Oslo-Abkommen als „eine gemeinsame territoriale Einheit“ definiert werden, sind fast vollständig von einander abgeschnitten. Die Einreise von Bewohnern von Gaza nach Israel, um Verwandte zu besuchen oder mit dem Ehe-

partner zu leben, ist durch die Gesetzgebung der Knesset vollständig verboten.

Jeder im Gazastreifen hat den Preis für diese Isolierung bezahlt: Verlust der Freiheit, Schmerz und Leiden. Handelseinschränkungen und Restriktionen für Arbeiter haben zu einer tiefen Rezession, dem Verlust von Arbeitsplätzen und einer dramatischen Verschlechterung der Lebensverhältnisse geführt. Ungefähr 40 Prozent der Palästinenser im Gazastreifen gehören zu den Armen. Viele Kranke, die eine Behandlung benötigen, die in Gaza nicht erhältlich ist, warten in einem Zustand der Unsicherheit endlos darauf, die Erlaubnis zu erhalten, nach Ägypten oder anderswohin zu reisen, während sich ihre Gesundheit immer weiter verschlechtert. Tausende von jungen Männern und Frauen, die an Universitäten in der Westbank oder im Ausland angenommen worden sind, stecken in Gaza fest, während sie Semester um Semester verlieren.

Die Verschärfung der israelischen Belagerungspolitik seit September 2000 erfolgte vor dem Hintergrund der Eskalation des Konflikts, der Tausende von Israelis und Palästinensern das Leben gekostet hat. Der Staat Israel behauptet, seine Politik sei eine Reaktion auf die Welle von Angriffen auf Israelis innerhalb von Israel und in den besetzten Gebieten seit Beginn der Intifada. Angriffe gegen Zivilisten widersprechen den grundlegendsten Prinzipien von Gesetz und Moral und werden nach internationalem humanitärem Völkerrecht als „Kriegsverbrechen“ definiert, die durch keinerlei Umstände zu rechtfertigen sind.

Israel hat das Recht und die Pflicht, Maßnahmen zu ergreifen, um seine Bürger zu schützen. Das Recht Israels, seine Bürger zu schützen, erlaubt aber nicht (weder gesetzlich noch moralisch) die Rechte einer gesamten Bevölkerung völlig willkürlich und wahllos mit Füßen zu treten. Diese beiden Eigenschaften, die Willkür und die Wahllosigkeit, machen die meisten Maßnahmen dieser israelischen Politik illegal, sowohl nach internationalem als auch nach israelischem Recht.

(Übersetzung: Katharina Yacoub)



Während der Räumungen und der Errichtung der Stahlmauer in Rafah/Gaza wurden 200 Hektar Land zerstört, Hunderte von Häusern abgerissen und 35 Palästinenser erschossen. Die dort lebenden Familien wurden vertrieben. Nach UN-Angaben wurden 1600 Menschen obdachlos. Nach Angaben der israelischen Armee ging es bei dieser Aktion darum, Häuser mit versteckten Tunneln zu zerstören, durch die Waffen aus Ägypten geschmuggelt wurden.

Die Mauer – Recht oder Gewalt?

von Norman Paech

Auf einer Pressekonferenz im Weißen Haus erklärte US-Präsident George W. Bush am 26. Mai 2005, dass die Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern über den permanenten Status bei der Waffenstillstandslinie von 1949 beginnen müssten, allgemein als die vor-67er Grenze oder „Grüne Linie“ bekannt. Er fügte ausdrücklich hinzu, dass Änderungen an dieser Grenze nur mit der Zustimmung der Palästinenser vorgenommen werden könnten. Einen Tag zuvor hatte der Europarat bereits erklärt, dass er keine Veränderung dieser Grenze anerkennen werde, die nicht zwischen den Parteien in beiderseitiger Übereinstimmung vorgenommen worden würden. Kritiker wie Henry Siegman von der International Herald Tribune verweisen darauf, dass diese Position im Grunde nicht neu sei, die Staaten aber bisher Israel nie unter Druck gesetzt hätten, seinen Verpflichtungen nachzukommen.¹ Man kann Zweifel auch für die Zukunft anmelden, wenn Bush im anschließenden Gespräch mit den Journalisten zu verstehen gab, dass die Palästinenser zunächst ihr wirtschaftliches Desaster und politisches Chaos im Gaza-Streifen in ein Modell der Demokratie, „good governance“ und Wohlstand zu verwandeln hätten, ehe er die Israelis unter Druck setzen werde damit aufzuhören, palästinensisches Land für ihre Siedlungen zu stehlen, und Gespräche über den permanenten Status zu beginnen.

Dieses ist in der Tat die Position, die die USA alle Jahre hindurch verfolgt haben und die den israelischen Regierungen bisher die Garantie gab, ihren Landraub und Siedlungsausbau ziemlich ungestört vorantreiben zu können. Mit der simplen Methode der Vertauschung von Ursache und Wirkung machten sie die verzweifelten Selbstmordanschläge, Terrorakte und den

ansteigenden Hass der Palästinenser gegen die israelische Bevölkerung zur Ursache für ihre Weigerung, sich aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen, alle Siedlungen – und nicht nur in Gaza – zu räumen und die Gespräche über einen dauerhaften Frieden zwischen den beiden Völkern zu beginnen. Sie nahmen den Terror zum Vorwand für den eigenen Terror, der systematisch alles das unterband und zerstörte, was nun als Demokratie, good governance und Wohlstand eingefordert wird. Die fast tägliche Zerstörung palästinensischen Siedlungsraumes und Infrastruktur, die periodischen Abriegelungen und Blockaden von Handel und Arbeitsplätzen in Israel, die gezielten Demütigungen und permanenten militärischen Überfälle haben die palästinensischen Lebensbedingungen bis zur Unerträglichkeit deformiert und immer wieder Selbstmordattentate und Terrorakte produziert. Die Erkenntnis, dass erst ein freies und unabhängiges Palästina ohne Besatzung und ohne Siedler die Forderungen nach „good governance“ erfüllen kann und kein Nährboden für Terror mehr wäre, gehört offensichtlich zu den verbotenen Früchten politischer Überlegungen. Stattdessen verfolgt Scharon ein Konzept, welches die Errichtung eines unabhängigen und souveränen Staates Palästina unmöglich machen soll, wozu nicht nur der Abzug der Siedlungen aus dem Gaza-Streifen bei gleichzeitigem Ausbau der Siedlungen in der Westbank sondern auch der Bau der Mauer gehört.

I. Landraub durch Mauer

Seit 1996 soll die israelische Regierung Pläne zur Abriegelung erwogen haben, um die Infiltration aus der nördlichen und zentralen Westbank zu unterbinden. Im Juli 2001 wurde ein erster Plan eines

„Sicherheitszaunes“ von 80 km im Kabinett verabschiedet, der sich bis Oktober 2003 zu einem in drei Phasen gestaffelten Plan eines 720 km langen Bauwerkes entlang der gesamten Westbank entwickelte. Diese von den Israelis „Sicherheitszaun“ genannte Konstruktion besteht aus a) einem Zaun bzw. eine über acht Meter hohen Betonmauer mit elektronischen Sensoren, b) einem bis zu vier Meter tiefen Graben, c) einer zweispurigen asphaltierten Straße für Patrouillen, d) einem Spurenstreifen aus Sand parallel zu Mauer oder Zaun, um Fußspuren zu identifizieren und e) einem Stapel von sechs Rollen Stacheldraht, der die Umzäunung des gesamten Komplexes markiert. Er hat einen Durchmesser von 50 bis 70 m, der sich allerdings bis zu 100 m ausdehnen kann. Im Norden begonnen, schieben sich die Bauarbeiten im Osten Israels fast ausschließlich auf palästinensischem Gebiet bereits weit in den Süden bis nach Jerusalem vor. Der Grenzwall weicht im Durchschnitt 7,5 km von der Grünen Linie zu Lasten palästinensischen Gebietes ab, bezieht Siedlungen ein, durchschneidet Dörfer und schnürt selbst größere Ortschaften von ihrem Hinterland ab. Nur im Bereich Tulkarem weicht der Wall ein bis zwei Kilometer auf israelisches Gebiet aus.

Wird der Grenzwall entsprechend den vorliegenden Plänen vollendet – und Scharon hat niemals eine Unterbrechung der Arbeiten wie auch des Ausbaus der Siedlungen in Aussicht gestellt – dann werden weitere 16,6 % des Territoriums von der Westbank abgeschnitten mit 237.000 Palästinensern und 320.000 jüdischen Siedlern, das sind etwa 80 % der Siedler in der Westbank. Und nicht nur das, 160.000 Palästinenser werden dann in fast vollkommen durch die Grenzmauer eingekreisten Kommunen leben wie heute schon in Kalkilya. In dieser ca. 40.000 Einwohner zählenden Ortschaft haben seitdem etwa 600 Läden schließen müssen, und an die 8000 Menschen haben die

Region verlassen. Im Oktober 2003 haben die israelischen Streitkräfte Verordnungen erlassen, die das palästinensische Gebiet zwischen der Grünen Linie und der Mauer zu einer „closed area“ erklärten. Das bedeutet, dass Palästinenser, die dort leben oder dort ihre Gärten und Felder haben, nicht mehr das Gebiet betreten dürfen, wenn sie nicht über eine von den israelischen Behörden ausgestellte Erlaubnis oder Ausweis verfügen. Diese werden aber nur für eine begrenzte Zeit ausgegeben. Israelische Bürger hingegen und solche Ausländer, die nach dem Rückkehrergesetz befugt sind, nach Israel einzuwandern, können sich ohne Erlaubnis in der „closed area“ bewegen oder dort bleiben. Sie können nunmehr auch auf dem freien Markt Olivenbäume erwerben, die von jenem durch die Mauer abgeschnittenen Land stammen, wie Haaretz jüngst berichtete. Palästinenser können ihre Wohn- und Arbeitsplätze nur durch bestimmte Tore erreichen oder verlassen, die unregelmäßig und nur für kurze Zeiten geöffnet werden.

Gleichzeitig meldet Agence France Press, dass israelische Bulldozer die Arbeiten an einem der am meisten umstrittenen Abschnitte des Grenzwalls um die Siedlung Ariel herum wieder aufgenommen haben. Diese Siedlung ist eine der größten mit etwa 20.000 jüdischen Siedler und ragt tief in die Westbank hinein. Die Arbeiten an dem Grenzwall waren im Sommer 2004 auf Grund palästinensischer Einsprüche vor israelischen Gerichten gestoppt worden. Nun sollen individuelle Zäune um Ariel und einige benachbarte Siedlungen errichtet werden, über deren Verbindung mit der übrigen Mauer später entschieden werden soll.

II. Gutachten des IGH

Von Anfang an war der internationalen Öffentlichkeit klar, dass dieses gigantische Bauwerk nicht nur der Sicherheit vor der Infiltration von Selbstmordattentäter diene, sondern die weitere Beschneidung und

Zerstückelung palästinensischen Territoriums zur Unterminierung eines separaten palästinensischen Staates zum Ziel hatte. Dies bewog die UN-Generalversammlung auf ihrer 10. Notstandssondertagung am 8. Dezember 2003 eine Resolution zu verabschieden, mit der sie den Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag zur Beantwortung folgender Frage aufforderte:

„Welche Rechtsfolgen ergeben sich aus der Errichtung der Mauer, die von der Besatzungsmacht Israel in dem besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich in Ost-Jerusalem und seiner Umgebung, gebaut wird, wie in dem Bericht des Generalsekretärs beschrieben, unter Berücksichtigung der Normen und Grundsätze des Völkerrechts, einschließlich des Vierten Genfer Abkommens von 1949, und der einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats und der Generalversammlung?“ (UNGV Res. ES-10/14)

Der IGH hat am 9. April 2004 ein 64 Seiten umfassendes Gutachten veröffentlicht, in dem er sich sehr intensiv mit den juristischen Fragen auseinander gesetzt hat. Am Ende seiner Prüfung kommt er zu dem fast einstimmigen Ergebnis, dem nur der US-amerikanische Richter Buergenthal widersprochen hat, dass der Bau der Mauer und das mit ihm eingeführte Grenzregime eine Verletzung des Völkerrechts bedeuten.

Der Gerichtshof hat in dem ganzen Komplex einen schweren Verstoß gegen den Internationalen Pakt über die ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechte sowie die Konvention über die Rechte der Kinder gesehen.² Bereits in der ersten Phase des Baus wurden nach Feststellung des Gerichtshofes etwa 10.000 Hektar fruchtbarsten Ackerlandes, Olivenhaine, Zitrusplantagen, Gewächshäuser und Brunnen konfisziert und zerstört. Der Gerichtshof hat sich auch nicht von Israels Begründung überzeugen lassen, dass der „Sicherheitszaun“ aus Sicherheitsgründen notwendig sei, da er zu diesem Zweck ohne

weiteres auf israelischem Territorium ohne Verletzung der Rechte der Palästinenser hätte errichtet werden können.³

Der IGH konnte auch nicht das wohl schwierigste und für die kommenden Verhandlungen wichtigste Thema, die Siedlungen, umgehen. Wir erinnern uns: nachdem sich auch die PLO zu einer definitiven Trennung von Juden und Arabern und einer Zwei-Staaten-Lösung durchgerungen hatte, bot sie den jüdischen Siedlern an, dort zu bleiben, wo sie jetzt wohnen, wenn sie die palästinensische Souveränität in gleichem Maße anerkannten wie es die palästinensischen Einwohner in Israel mit der israelischen Souveränität tun. Die jüdischen Siedler hatten entrüstet abgelehnt, so dass es in den zukünftigen Verhandlungen darum gehen wird, ihre Umsiedlung nicht nur aus dem Gaza-Streifen sondern auch aus der Westbank und von den Golan-Höhen zu vereinbaren. Nun hat der Gerichtshof erneut klar gemacht, dass die Mauer und die ihn begleitenden Regelungen eine unübersehbare demographische Veränderung bewirken werden, die Art. 49 Abs. 6 der Vierten Genfer Konvention von 1949 und zahlreichen Resolutionen des UNO-Sicherheitsrats widersprechen. Artikel 49 Abs. 6 der Vierten Genfer Konvention lautet: „Die Besatzungsmacht darf nicht Teile ihrer eigenen Zivilbevölkerung in das von ihr besetzte Gebiet deportieren oder entsenden.“

Israelische Völkerrechtler wie Ruth Lapidoth, Yoram Dinstein oder Yehuda Z. Blum haben bis in die jüngste Vergangenheit immer wieder versucht, die Geltung der Genfer Konventionen für die besetzten Gebiete auszuschließen oder so zu interpretieren, dass sie die Siedlungspolitik nicht berühren. Für solche zweifelhaften Entlastungen besteht seit dem IGH-Gutachten kein Raum mehr, da es die Rechtswidrigkeit der gesamten Siedlungstätigkeit eindeutig feststellt und die alten Resolutionen des UNO-Sicherheitsrats wieder ins

Gedächtnis ruft. So die Resolution 446 vom 22. März 1979, mit der er Israel aufforderte, die Vierte Genfer Konvention genauestens einzuhalten und „die vorangegangenen Maßnahmen zurückzunehmen und sich jeder Handlung zu enthalten, die in ihrem Ergebnis den rechtlichen und geographischen Status verändern und die demographische Zusammensetzung der seit 1967 besetzten arabischen Territorien, einschließlich Jerusalem, materiell beeinflussen würden, und insbesondere keine Teile ihrer eigenen Zivilbevölkerung in die besetzten arabischen Territorien zu verschicken.“⁴⁴

Der Sicherheitsrat hat seine Position immer wieder bestätigt und die israelische Siedlungspolitik als „flagrante Verletzung“ der Vierten Genfer Konvention verurteilt.⁵ In einem internen Gutachten vom 21. April 1978 hatte sogar der Rechtsberater beim israelischen Außenministerium die Rechtslage anerkannt. Der IGH hat diese Bewertung noch einmal unterstrichen und zugleich klargestellt, dass die berühmte Resolution 242 vom 22. November 1967 den Rückzug der Besatzungsmacht aus dem gesamten besetzten Gebiet und nicht nur aus Teilen fordert.⁶ Denn bereits seit den Dreißigerjahren hat sich ein völkerrechtliches Prinzip herausgebildet – die so genannten Stimson-Doktrin, benannt nach dem damaligen US-Außenminister –, welches den Erwerb fremden Territoriums durch militärische Eroberung für null und nichtig erklärt. Über dieses Prinzip hatte es außerhalb Israels nie ernsthafte Diskussionen und Zweifel gegeben, so dass der Sicherheitsrat es verschiedentlich gegenüber der israelischen Siedlungspolitik anmahnte. Er ließ es dabei an Deutlichkeit nicht fehlen, wie z.B. in der Resolution 298 vom 25. September 1971, in der er feststellte, „das alle legislativen und administrativen Aktivitäten Israels, um den Status von Jerusalem zu verändern, einschließlich Enteignung von Land und Eigentum, der Übersiedlung von Bevölkerung und

dem Erlass von Gesetzen zur Einverleibung besetzten Gebietes, vollkommen unwirksam sind und den Status nicht verändern können.“⁴⁷

Auf der Ebene völkerrechtlicher Kriterien ist also vollkommen klar, dass alle einseitigen Maßnahmen Israels, sei es der Siedlungs- oder Mauerbau auf palästinensischem Gebiet oder die Annexion Jerusalems und der Golanhöhen, unwirksam sind und zurückgenommen werden müssen. Sie dürfen im Übrigen auch von keinem anderen Staat anerkannt werden. Das besagt allerdings nicht, dass sich die Parteien nicht vertraglich anders einigen können, als es der völkerrechtliche Kodex bestimmt.

III. Landenteignung in Ostjerusalem

Unsere Medien sind derzeit voll von hoffnungsvollen Berichten über den Neubeginn des Friedensprozesses im Nahen Osten zwischen Palästinensern und Israelis. Dahinter verschwinden Meldungen, die zwar in Haaretz und der New York Times zu lesen sind, aber in den deutschen Medien nur selten auftauchen.⁸ Danach soll die israelische Regierung bereits im letzten Sommer 2004 eine Entscheidung getroffen haben, dass Grundbesitz in Ost-Jerusalem, welcher Palästinensern gehört, die dort jedoch nicht leben, entschädigungslos enteignet werden kann.⁹ Die Grundlage dieser Maßnahme ist das Gesetz über das Eigentum Abwesender (Absentee Property Law) von 1950, mit dem bereits Tausende von Häusern und Ländereien der Palästinenser enteignet wurden, die während des Krieges von 1948 geflohen oder vertrieben worden waren.

Die neue – geheime – Entscheidung ist jedoch in Verbindung mit der Mauer zu sehen, die viele Palästinenser von ihren Gärten, Olivenhainen und Ackerland trennt. Die besondere Situation Ost-Jerusalems ist nicht nur durch die Annexion im Jahre 1980 – völkerrechtlich illegal und von den Vereinten Nationen scharf verurteilt¹⁰ – gekennzeichnet.

1967 hatte die israelische Regierung das Stadtgebiet Ost-Jerusalems verdreifacht und die Kommunalgrenzen ohne Rücksicht auf die palästinensischen Eigentümer quer durch ihre Gärten und Häuser gezogen. Nun können zahlreiche Palästinenser, die etwa in Bethlehem wohnen, ihres Lands beraubt werden. Im November 2004 versandte das Militär etlichen Landbesitzern einen Brief, in dem es ihnen mitteilte, dass ihre Gärten und Haine nun der Behörde für das Eigentum Abwesender (Custodian of Absentees Properties) in Israel unterstellt würden.

Teil dieses annektierten Gebietes ist auch die Ortschaft Silwan, die sich von den südlichen Altstadtmauern Jerusalems bis in das Kidron-Tal erstreckt – ein Ort sowohl alter jüdischer (König David) als auch muslimischer (Prophet Mohammed) Vorväter. Seit über zehn Jahren läuft hier schon ein Häuserkampf zwischen der Jerusalemer Stadtverwaltung und den palästinensischen Einwohnern, deren Wohnungen und Gärten enteignet und z. T. zerstört oder an jüdische Siedler vergeben werden.¹¹ Heute wohnen über 200 Siedler in Silwan, subventioniert und militärisch geschützt durch die Regierung. Nun jedoch hat der Oberbürgermeister von Jerusalem beschlossen, das Bستان-Viertel in Silwan mit seinen 88 Gebäuden komplett abzureißen und in einen Park, „die Landschaft der Vorväter“, zu verwandeln, in dem auch archäologische Ausgrabungen vorgenommen werden sollen. 1000 Bewohner sind davon betroffen. Die „Park-Planungen“ werden von vielen bezweifelt. Sie weisen darauf hin, dass dort mittelfristig weiterer Wohnraum für Siedler geschaffen werden soll, der die vereinzelten Häuser der Siedler in Silwan miteinander verknüpfen wird: „In Verbindung mit Siedlungen auf dem Ölberg und weiter östlich bildet sich quasi ein jüdischer Korridor von der Jerusalemer Altstadt bis nach Maale Adumin weit im Osten ... Zudem geht es darum, die Altstadt mit jüdi-

schen Bewohnern zu umzingeln. So soll verhindert werden, dass sie Teil der Hauptstadt eines palästinensischen Staates wird, der irgendwann einmal gegründet wird.¹² Ein genauerer Blick auf die Karte¹³ zeigt, dass Silwan bereits durch die Mauer von seiner palästinensischen Nachbarschaft abgeschnitten und die Mauer bis Maale Adumin projiziert ist. Darüber hinaus sind zwei weitere Siedlungen zwischen der Grünen Linie und der Mauer geplant: „Gevaot“ im Etzion Block und „Zufim North“ nahe Kalkilya.¹⁴ Daraus lässt sich nur der für die Palästinenser deprimierende Schluss ziehen, dass die Mauer vorwiegend die Siedler schützen soll und die Siedlungen wiederum den Verlauf der Mauer bestimmen, was in der Summe einen eigenständigen palästinensischen Staat verhindern soll.

IV. Israel missachtet IGH-Gutachten

Der Internationale Gerichtshof ist nicht bei der Feststellung des Völkerrechtsbruches stehen geblieben, sondern hat Israel aufgefordert, die Bauarbeiten einzustellen, die bereits errichteten Teile der Mauer abzureißen und alle damit in Zusammenhang stehende Verordnungen und Regelungen zurückzunehmen. Gleichzeitig hat Israel alle verletzten natürlichen und juristischen Personen zu entschädigen oder, wenn möglich, den ursprünglichen Zustand wieder herzustellen. Alle anderen Staaten fordert der Gerichtshof auf, den rechtswidrigen Bau nicht anzuerkennen, keine Unterstützung für die Aufrechterhaltung der Situation zu leisten, sondern sich im Gegenteil für ihre Beendigung einzusetzen.

Der US-amerikanische Richter Thomas Buergenthal rügt in seiner abweichenden Erklärung vor allem die seiner Ansicht nach unzureichende Berücksichtigung des Selbstverteidigungsrechts Israels gegen Terrorismus. Der IGH hat ein solches Recht verneint, da die Terroranschläge aus einem Gebiet kommen, welches unter Israels

Kontrolle steht, ein Selbstverteidigungsrecht nach Art. 51 UNO-Charta aber nur gegen den Angriff eines Staates gegeben sei. Die Situation sei nicht mit der Bedrohung durch Al Quaida nach dem 11. September 2001 vergleichbar. Gegen eine Mauer auf israelischem Territorium sei zudem juristisch nichts einzuwenden.

So klar und unzweideutig die rechtliche Wertung des IGH ist, so hat das Gutachten dennoch nicht die Verbindlichkeit eines Urteils. Doch kann sich Israel nicht auf dieses Manko berufen, denn der Gerichtshof hat all das Völkerrecht – ob in der UNO-Charta oder allgemein anerkanntes Gewohnheitsrecht – aufgezeigt und angewandt, an das jeder Staat, auch Israel, ohne Ausnahme gebunden ist. Wenn allerdings die israelische Regierung sich nicht an das Gutachten gebunden fühlt und weiter an der Vollendung der Mauer baut und auch nicht von den USA bzw. den Staaten der EU zur Befolgung des Völkerrechts gedrängt wird, so bedeutet das einen schwer wiegenden Verlust internationaler Rechtskultur, die ohnehin in den vergangenen Jahren gerade von diesen Staaten stark strapaziert worden ist.

Leider beteiligt sich daran nicht nur die israelische Regierung sondern auch der Oberste Gerichtshof Israels. Drei Wochen nach der Veröffentlichung des Gutachtens hob das Oberste Gericht eine einstweilige Verfügung wieder auf, mit der es den Bau einer acht Meter hohen Betonmauer direkt durch die Ortschaft Ar Ram auf dem Weg zwischen Jerusalem und Ramallah untersagt hatte. Diese Mauer wird die meisten der Einwohner von ihren Arbeitsplätzen, Schulen, Gesundheitsversorgung und selbst den Friedhof abschneiden. Östlich von Ar Ram sind mehrere größere Wohnprojekte geplant. Das Gericht räumte zwar ein, dass die Palästinenser vor „übertriebener“ Beeinträchtigung zu schützen seien,¹⁵ sah in diesem Fall jedoch den Schutz der Sicherheitsinteressen

Israels, namentlich der Siedlungen, als höherrangig an. Es brachte mit diesem Spruch nicht nur seine – völkerrechtswidrige – Ansicht von der Legalität der Siedlungen, sondern auch die völlige Missachtung des Gutachtens des IGH zum Ausdruck.

Und so kann schließlich der Einschätzung des Evangelischen Entwicklungsdienst, die dieser im März 2005 in einer Dokumentation getroffen hat, kaum etwas entgegengehalten werden: „Ab Sommer 2005 wird eine durchgehende Mauer den suburbanen Raum Jerusalems durchschneiden und willkürlich palästinensische Vororte voneinander isolieren. Der Mauerstreifen folgt weitgehend der östlichen Grenze des eigenmächtig definierten israelischen Stadtverwaltungsbezirks. Luftbilder des Mauerverlaufs zeigen: Aus den palästinensischen Gebieten wird ihr Herzstück, Ost-Jerusalem, geradezu herausamputiert.“¹⁶

V. Für das Völkerrecht!

Die internationale Staatengemeinschaft muss sich eingestehen, dass es derzeit kaum eine andere Region in der Welt gibt, in der der Anspruch des Völkerrechts so weit von seiner Durchsetzung entfernt ist wie in Palästina. Das gilt für die Anschläge gegen zivile Ziele durch die Palästinenser, sei es durch Raketen oder Selbstmordattentäter, ebenso wie für die gezielten Tötungen durch die israelische Armee und die Zerstörung von palästinensischen Häusern, Gärten und Hainen durch ihre Bulldozer. Wer allerdings nicht erkennt, dass die Terroranschläge der Palästinenser nichts anderes sind als der ohnmächtige Reflex auf den täglichen Terror der Siedlungspolitik mit ihren militärischen Übergriffen und der jüngsten Eskalation durch den Mauerbau, der wird auch weiterhin keinen Beitrag zur Lösung dieses blutigen Konflikts beisteuern können. Die Forderung nach UNO-Friedenstruppen, die die feindlichen Parteien ähnlich wie in Zypern voneinander trennen könnten, ist

von Israel wiederholt abgelehnt worden, um nicht in seinen militärischen Möglichkeiten eingeschränkt zu werden. Nirgendwo anders als hier wird deutlich, dass die Ohnmacht der UNO nicht ihrer eigenen Unfähigkeit zuzuschreiben ist, sondern der Weigerung einer Seite, die Vermittlungsdienste der UNO zu akzeptieren. So ist die UNO abgesehen von der Gründungsphase des israelischen Staates in allen späteren blutigen Konflikten auf die Rolle der Beobachterin und Kommentatorin beschränkt und in ihrer Aufgabe der Friedenssicherung und der Durchsetzung des Völkerrechts blockiert worden.

Es geht nicht nur um die Existenz eines Staates, es geht um die Existenz zweier Völker und ihre friedliche Koexistenz, wenn es denn schon nicht um ihr Zusammenleben geht. Und es bleibt die Frage, ob mit der UNO auch das Völkerrecht aus diesem Konflikt herausgehalten werden soll. Doch was mit der UNO möglich ist, lässt sich mit dem Völkerrecht nicht machen. Es definiert die Grundregeln der Beziehungen zwischen den Staaten und Völkern, wie sie jetzt der IGH mit seinem Gutachten noch einmal aufgezeigt hat. Diese Regeln können nicht einseitig aufgehoben werden. Wo das versucht wird – und das zeigt dieser Konflikt – wird nie Frieden eintreten. Diese Regeln bleiben auch in den künftigen Verhandlungen um eine Lösung die Matrix, innerhalb derer sich die Übereinkunft bewegen muss. Sie definieren die Grenzlinien einer gerechten und akzeptablen Lösung, ob in der Frage der territorialen Grenzen, der Nutzung der Wasservorräte oder der Rückkehr der Flüchtlinge. Innerhalb ihrer Vorgaben gibt es eine Vielzahl möglicher vertraglicher Lösungen. Werden ihre Mindestanforderungen jedoch, z.B. an Selbstbestimmung, Souveränität, territorialer Integrität und Menschenrechte, missachtet, wird auch eine Übereinkunft am Widerstand der Völker scheitern, wie wir es bei den Verträgen von Camp David und Oslo erlebt haben.

Die völkerrechtlichen Regeln sind bis auf wenige absolut zwingende Prinzipien wie das Gewalt- und Folterverbot Vorschläge für freie vertragliche Übereinkünfte. Selbst das strikte Annexionsverbot steht einer vertraglichen Abtretung besetzten Gebietes nicht entgegen, wenn sich die Parteien über die Bedingungen einigen. Hier liegt auch die Verantwortung der Staaten, die man nicht davon frei sprechen kann, dass sie diesen Konflikt bis zu einem permanenten Kriegszustand haben eskalieren lassen. Recht oder Gewalt, das ist die kurze Formel der Lehre aus fast vierzig Jahren Gewalt in den israelisch-palästinensischen Beziehungen. Dass die Alternative jetzt nur im Recht liegen kann, dürfte allen klar sein, sie in die Realität umzusetzen, dafür bedarf es allerdings mehr als die schlichte Hoffnung auf einen Neuanfang nach den palästinensischen Wahlen. Es bedarf der radikalen Einsicht in die Notwendigkeit eines souveränen palästinensischen Staates ohne jüdische Siedler auf dem Territorium der Westbank, des Gaza-Streifens und Ost-Jerusalems – in voller Übereinstimmung mit dem Völkerrecht. Nichts anderes ist aus dem Gutachten des IGH herauszulesen.

Norman Paech ist emeritierter Professor für Völkerrecht an der Universität Hamburg.

Fußnoten

- ¹ International Herald Tribune v. 21. Juni 2005.
- ² IGH Gutachten v. 9. Juli 2004, Rz. 132 ff.
- ³ IGH Gutachten, Rz. 135 ff.
- ⁴ UNSR Res. 446 v. 22. März 1979: „...to rescind its previous measures and to desist from taking any action which would result in changing the legal status an geographical nature and materially affecting the demographic composition of the Arab territories occupied since 1967, including Jerusalem and, in particular, not to transfer parts of its own civilian population into the occupied Arab territories.“
- ⁵ Vgl. z.B. Resolution 452 (1979) v. 20. Juli 1979 und Res. 465 (1980) v. 1. März 1980.
- ⁶ Die umstrittene Passage der Resolution lautet: „Withdrawal of Israel armed forces from territories occupied in the recent conflict.“

- ⁷ Res. 298 v. 25. Sept. 1971 : „...all legislative and administrative actions taken by Israel to change the status of the City of Jerusalem, including expropriation of land and properties, transfer of populations and legislation aimed at the incorporation of the occupied section, are totally invalid and cannot change the status.“
- ⁸ Am 31. Januar 2005 berichtete nun auch Peter Schäfer im Neuen Deutschland von der „Landnahme in Ost-Jerusalem“.
- ⁹ Greg Myre, Palestinians Fear East Jerusalem Land Grab, The New York Times v. 25. Januar 2005.
- ¹⁰ Am 30. Juli 1980 erließ Israel ein Grundgesetz (Basic Law), mit dem es Jerusalem zur „vollständigen und vereinigten“ (complete and united) Hauptstadt Israels machte. Der UNO-Sicherheitsrat verurteilte das Gesetz mit seiner Resolution 478 (1980) am 20. August 1980 als eine Verletzung des Internationalen Rechts und fügte hinzu, „that all legislative and administrative measures and actions taken by Israel, the occupying Power, which have altered or purport to alter the character and status of the Holy City of Jerusalem ... are null and void.“ Er forderte die anderen Staaten auf, „not to recognize the ‘basic law’ and such other actions by Israel that, as a result of this law, seek to alter the character and status of Jerusalem.“
- ¹¹ Vgl. N. Paech, Bantustan Palästina. Landenteignung und Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten. In: Demokratie und Recht 2/1992, S. 190 ff.; N. Paech, Das verlorene Territorium des palästinensischen Staates. Israels Siedlungspolitik nach dem Oslo-Abkommen. In: Blätter für deutsche und internationale Politik .../1996 S. 1252 ff.
- ¹² So Meir Margalit von der Meretz-Partei, zit. nach Peter Schäfer, Wie Ost-Jerusalem geteilt wird. In: Telepolis v. 15. Juni 2005, www.heise.de/tp/r4/artikel/20/202999/1.html.
- ¹³ Vgl. B'tselem – The Israeli Information Center for Human Rights in the occupied Territories, The West Bank, Jewish Settlements and the Separation Barrier, Jerusalem, August, 2004.
- ¹⁴ Ha'aretz v. 25. Februar 2005.
- ¹⁵ Mit dieser Begründung hatte er die Trassenführung der Mauer an einigen Stellen korrigiert. So hatte er etwa am 30. Juni 2004 den Verlauf in der Nähe des Dorfes Beit Sourk näher an die Grüne Linie verlegt.
- ¹⁶ Evangelischer Entwicklungsdienst (EED), Ost-Jerusalem. Gibt es eine Zukunft für palästinensische Familien in einer verriegelten Stadt? Bonn, 15. März 2005, S. 6.

Die Apartheidmauer

Ein Siedlungsprojekt zur Annexion des palästinensischen Landes / von Hasan Ayoub

Vorwort

Seit der Besetzung des palästinensischen Landes im Jahr 1967 ist ein Segregationskonzept für das Vorgehen der israelischen Regierung nichts Neues (Segregation: räumliche Absonderung von Personen mit gleichen sozialen Merkmalen). Die Idee taucht seit der Entwicklung des Siedlungsprojekts unter verschiedenen Namen immer wieder auf und steht in direktem Zusammenhang mit der israelischen Vision für das besetzte Palästina.

Politische Widersprüche innerhalb Israels gab es immer wieder bezüglich der Größe des Landes, das annektiert werden soll, wenn die Umsiedlung beendet ist. Die Vorstellungen variieren einerseits zwischen den Richtlinien, die 1967 im Allon-Plan vorgeschlagen wurden (siehe Abbildung mit Erklärung), und andererseits der Annexion des größten Teils der besetzten Gebiete mit Siedlungen in allen Regionen unter dem Slogan „Groß-Israel“.

Die Positionen der Laborpartei, die lange dem Allon-Plan folgte, und der Likudpartei haben sich im Verlauf der Zeit jedoch angeglichen. Ausgehend von der Idee des Allon-Plans wurde das Siedlungsprojekt immer mehr ausgeweitet und von beiden großen Parteien Israels getragen. Die Jahre zwischen 1977 und 1983, als die Likudpartei erstmals Regierungsverantwortung übernahm, brachten eine neue Qualität im Ausweitungsprozess der Besiedelung. Die Investitionen in den Besiedlungsprozess stiegen stark an und ständig wurden neue Siedlungen geschaffen.

Seit jener Ära wird das Besiedlungsprojekt in der israelischen Öffentlichkeit als legitim angesehen und als ein Pionierprojekt von grundlegender, lebensnotwendiger Sicherheitsbedeutung. Das Siedlungsprojekt hat seitdem niemals aufgehört und ist immer weiter

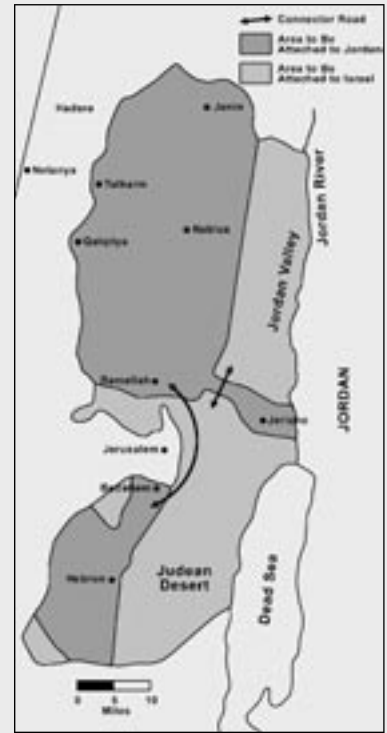
fortgeschritten, sowohl durch die Konfiszierung von Land als auch durch ständig neue Siedlungen. Diese Entwicklung hat die demografische und geografische Lage der besetzten palästinensischen Gebiete dramatisch verändert. 1992 gab es bereits 101.100 Siedler in der Westbank, 140.872 in Jerusalem und 4300 im Gazastreifen.

„Oslo-Ära“ – die Besiedelung im entscheidenden Stadium

Vor der Unterzeichnung der Verträge von Oslo 1993 hatte das Siedlungsprojekt ein Stadium erreicht, das in keiner politischen Lösung außer Acht gelassen werden konnte. Doch die Besiedelung hatte nicht das von Israel anvisierte Ziel erreicht, bis 1986 eine Million Siedler in die Westbank und Gaza zu bringen. Die Oslo-Ära brachte eine Verschiebung in den Prioritäten Israels und Rabin stellte seine Pläne zur Segregation der Palästinenser und Israelis in Verbindung mit einem „Rückzug“ vor. Damals wurde der Begriff Segregation zum ersten Mal in einem offiziellen politischen Statement Israels erwähnt. Auch die Idee des Rückzuges wurde zuvor seitens Israels nur selten erwähnt. 1994 präsentierte Moshe Shahal, der israelische Polizeiminister ein Projekt, das einen Rückzug und den gleichzeitigen Bau einer Mauer vorsah. Diese Mauer sollte bei zukünftigen Verträgen verhindern, dass die Palästinenser zusätzliches Land unter ihre Kontrolle bekommen.

Israel forcierte in dieser Zeit die Besiedelung. Mehrere neue Siedlungen und Umgehungsstraßen wurden in den besetzten palästinensischen Gebieten gebaut. Die besiedelte Fläche wuchs um schätzungsweise 100 % und im Jahr 2000 überschritt die Anzahl der Siedler 200.000.

Zwischen 1996 und 1998 wurden etliche Pläne in der politischen Arena Israel diskutiert und alle basier-



Der Allon-Plan des israelischen Verteidigungsministers vom 26. Juli 1967 (kurz nach dem Sechstagekrieg) sah Folgendes vor: Beibehaltung der Kontrolle über das Jordantal, um die Westbank militärisch zu kontrollieren; Beibehaltung des Jordan als Ostgrenze Israels und damit die Bildung einer militärischen Pufferzone gegenüber ausländischen Armeen; Annexion von Gebieten im Jerusalem-Korridor, um den Zugang zu Jerusalem zu sichern; Übergabe der Kontrolle über drei dicht bevölkerte Enklaven an die Palästinenser: eine Nord-Enklave mit Nablus, Jenin, Tulkarim und Ramallah, eine Süd-Enklave mit Hebron und Betlehem und eine Enklave mit Jericho und einer Verbindung zum Jordan.

Die Politik der Laborpartei folgte diesem Plan. Die Siedlungen in Hebron und Ariel wurden deshalb auch gegen ihre Opposition durchgesetzt. Doch dieser Plan verschaffte Israel beispielsweise nicht die Kontrolle über die wasserführenden Schichten im Boden unterhalb der Westbank. So gab es in den folgenden Jahren noch mehrere Variationen des Allon-Plans. Der Plan selbst wurde zwar irrelevant, doch seine Elemente beeinflussen bis heute das strategische Denken Israels.

ten auf dem Segregationskonzept und folgenden Standards:

- vollständige Abschottung entlang der Grenzlinie vom Juni 1967 unter israelischer Überwachung,
- volle Kontrolle des Jordantals,
- Abschottung Jerusalems von der Westbank,

- Kontrolle vieler entscheidender Gebiete mitten in der Westbank,
- Beibehaltung fast aller Siedlungen und ihre Annexion unter israelische Souveränität.

Diese Standards und das Segregationskonzept wurden als Einigungspunkte zwischen der Labor- und der Likudpartei vereinbart und 1997 in einem Memorandum beider Parteien festgehalten. Die Siedlungsfrage stellte den wichtigsten Teil dieses Memorandums dar. Eindeutig erklärt das Dokument, dass ein Rückzug hinter die Grenzen von 1967 ausgeschlossen sei und dass die meisten Siedlungen unter israelischer Hoheit verbleiben würden.

Neben diesem Dokument wurden viele Entwürfe zur Diskussion gestellt. Die Regierung Netanyahu schlug vor, dass Israel 75 % der Westbank einbehalten und die Segregation auf dieser Grundlage vollziehen sollte. Ein Vorschlag der israelischen Armee gemeinsam mit dem Verteidigungsminister Yitzak Mordechai und Ariel Sharon lautete, dass Israel 63 % der Westbank behalten sollte, einen sieben bis zehn Kilometer breiten Streifen entlang der Grünen Linie und einen 20 Kilometer breiten Streifen entlang des Jordan.

Die Apartheidmauer

Das Thema der Segregation mündete schließlich in der Idee, eine Mauer zu bauen. Die Segregation zwischen den Siedlungen und dem Rest der Westbank durch die Mauer ist ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur Annexion des gesamten palästinensischen Landes westlich der Mauer.

Hauptziele der Mauer

- die Übernahme des fruchtbarsten Ackerlandes und seine Annexion durch die Siedlungen entlang der Mauergrenze,
- die Entwicklung der Siedlungen auf diesen Gebieten zu sicheren Vorstädten israelischer Städte,
- die Kontrolle der Quellen auf den wasserführenden Bodenschichten im Osten und Westen der Westbank,

- die Bildung einer Verbindung zwischen der Grünen Linie und dem Jordantal
- die vollständige Kontrolle über die beiden Sicherheitszonen im Jordantal und westlich der Mauer
- die Umformung der Westbank in drei voneinander isolierte Gebiete: erstens das Hauptgebiet mit 1,56 Millionen Palästinensern, zweitens die Enklaven und Jerusalem mit 440.000 Palästinensern, drittens die Siedlungen jenseits der Mauer mit 98% der Siedler.

Westbank-Land, das durch Mauer und Siedlungen beschränkt wird

- | | | |
|---|-----------|--------|
| • Land außerhalb (westlich) der Mauer, einschließlich Ost-Jerusalem | 419 qkm | 7,4 % |
| • Land innerhalb des „Ariel-Fingers“ | 119 qkm | 2,1 % |
| • Siedlungsblöcke innerhalb (östlich) der Mauer | 453 qkm | 8,0 % |
| • israelisch kontrolliertes Jordantal | 1.613 qkm | 28,5 % |
| • Insgesamt | 2.604 qkm | 46,0 % |

Direkt von der Mauer betroffene palästinensische Bevölkerung

- | | | |
|--|---------|--------|
| • außerhalb der Mauer | 240.215 | 10,1 % |
| • abgeschnitten vom kultivierten Land | 210.551 | 8,9 % |
| • abgeschnitten vom kultivierten Land des „Ariel Finger“ | 75.066 | 3,2 % |
| • Insgesamt | 525.832 | 22,2 % |

Auswirkungen der Mauer auf das palästinensische Leben

- Wenn die Mauer in einer Gesamtlänge von 750 Kilometern fertig ist, werden 236.000 Palästinenser in abgeschlossenen Enklaven isoliert sein, 115.000 von ihnen im Gebiet zwischen der Mauer und der Grünen Linie.
- Die Mauer wird 440 Quadratkilometer des Gebietes von Jerusalem für Israel annektieren. Der zweite Abschnitt des Mauerbaus wird die komplette Umzingelung Jerusalems mit 22 Kilometern Mauer im Norden und im Osten vervollständigen. Die Mauer um Jerusalem wird die palästinensischen Bewohner der

Stadt von allen Teilen der Westbank abschneiden, ebenso wie er Dörfer und Städte von der Stadt abtrennt und den Menschen den Zugang zu ihren täglichen Beschäftigungen und Aktivitäten in der Stadt verwehrt.

- Die Mauer wird nach ihrer Fertigstellung das Land von 75 Siedlungen mit 303.000 Siedlern annektieren. Die gesamte Siedlerzahl in der Westbank wird auf 411.000 Personen geschätzt. Gleichzeitig werden 185.000 Siedler im Gebiet um Jerusalem durch Annexion an Israel angeschlossen.

• Bei Fertigstellung der Mauer wird die Westbank in drei Hauptteile geteilt sein:

- Der Norden einschließlich der Städte Nablus, Jenin, Tulkarem und Qualqilia, die mit Ramallah nur durch einen schmalen Pfad verbunden sein werden. Die Fläche dieses Teils beträgt 1.930 Quadratkilometer.
- Der Süden einschließlich der Städte Hebron und Bethlechem mit einer Fläche von 710 Quadratkilometer.
- Die Zone um Jericho mit einer Fläche von 60 Quadratkilometer. Das sind insgesamt 2.700 Quadratkilometer, was 10 % des palästinensischen Mandatsgebietes entspricht und ungefähr 42 % der besetzten palästinensischen Gebiete von 1967.

• Der erste Schritt des Mauerbaus im Norden der Westbank zerstörte 112 Quadratkilometer fruchtbarsten Ackerlandes und verursachte die Isolation von 442 Quadratkilometer zwischen Mauer und Grüner Linie.

- Am 21. Februar 2004 ordnete der israelische Verteidigungsminister die Beschleunigung des Mauerbaus bei Hebron an. Hebron und weitere 71 Orte werden vom Rest der Westbank abgeschnitten sein. Die Mauer wird de facto 27 Siedlungen annektieren, in denen mehr als 12.000 Siedler leben.

• Zu Beginn des Jahres 2005 beschloss die israelische Regierung den Beginn des Mauerbaus um die Ariel-Siedlung in der Mitte der Westbank. In diesem Abschnitt

wird die Mauer das Ackerland von zehn Dörfern vernichten, die Besitzer von ihrem Land trennen und vier Dörfer mit ihren Einwohnern hinter der Mauer isolieren. Dieser Abschnitt wird 22 Kilometer tief in die Westbank hinein schneiden, sie mittendurch teilen und eine Barriere für den freien Transport in der Westbank bilden.

- Bei Bethlehem ist eine 50 Kilometer lange Mauer geplant, von der 15 Kilometer bereits seit Ende Juli 2004 fertig sind. Dieser Teil besteht aus einer Militärstraße, Zäunen und Schützengräben von 60 bis 100 Meter Breite und 1,1 Kilometer Betonmauer mit einer Höhe von neun Metern. Sie wird 11,5 % des Gebiets der Region Bethlehem abtrennen. Das sind ungefähr 608 Quadratkilometer. Um zu diesem Land zu gelangen, müssen Palästinenser eine besondere israelische Genehmigung einholen.
- Israel arbeitet intensiv an der Konstruktion eines parallelen Transport-Netztes mit Umgehungsstraßen, Kreuzungen, Tunnel und Brücken: ein Transportsystem für die palästinensische Bevölkerung, eins für die israelischen Siedler und die Armee.

Wirtschaft, Erziehung und Gesundheit

- Die Mauer verursacht den Verlust von 12 Millionen Kubikmetern an Wasserressourcen, weil Israel die wasserführenden Bodenschichten im Westen dominiert und faktisch 40 Wasserquellen durch die Mauer konfisziert hat, was 80 % der palästinensischen Wasserressourcen entspricht.
- Sie richtet schweren Schaden im Erziehungssystem an. Allein 170.000 Studenten und Schüler besuchen 320 Schulen, die jetzt hinter der Mauer liegen. Diese jungen Leute und ihre Lehrerinnen und Lehrer müssen jetzt täglich und zu bestimmten Stunden die Tore passieren, die von israelischen Soldaten kontrolliert werden.
- Das Dorf Em Errehan im Nordosten von Jenin ist eines der grau-

samsten Beispiele für das Gesicht der Isolation und der Belagerung. Das Dorf ist von seiner Umgebung vollkommen isoliert, und nur ein absurdes Tor führt auf einem kleinen Pfad hinein und hinaus. Die Einzigen, die das Tor passieren dürfen, sind die Dorfbewohner. Israelische Ordnungsmächte haben nur fünf Lehrern den Zugang gestattet. Die Rettungswagen brauchen eine spezielle Erlaubnis, um hinein zu kommen. In einem Fall bekam ein Lehrer die Erlaubnis zum Zutritt in das Dorf erst ein Jahr, nachdem er die Erlaubnis beantragt hatte.

- Auf dem Gebiet der öffentlichen Gesundheitsversorgung hat die Mauer 30 Wohnkomplexe von den Krankenhäusern und Arztpraxen abgeschnitten, die die Bewohner vorher versorgt hatten. Das bedeutet, dass 22.000 Menschen die medizinische Versorgung verweigert wird.
- Der erste Mauerbau-Abschnitt von Jalboon-Jenin nach Qualqilia über eine Länge von 128 Kilometern hat den Verlust von 2.200 Tonnen Olivenöl verursacht, die jährlich gepresst wurden, eine Folge der Abholzung von 38.000 alten Olivenbäumen. Darüber hinaus bedeutet dieser Bauabschnitt den Verlust von 50 Tonnen Früchten und von 100.000 Tonnen Gemüse jährlich, sowie die Zerstörung von 174 Läden und 22 Fabriken.
- 6.500 Landbesitzer und weitere 3.500 Bauern mussten den Verlust oder den drohenden Verlust ihrer Arbeit und ihrer Lebensgrundlagen hinnehmen. Als unmittelbare Folge dieser Mauer hat das Ackerland dramatisch abgenommen, allein in der Gegend um Jenin um 50 %, in Tulkarem um 58 % und in Qualqilia um 46 %.

Schlussfolgerung

Der Bau der Apartheidmauer ist Teil eines Siedlungsprojekts, das auf den Schutz und die Verewigung der Siedlungen abzielt, wie aus den dargelegten, lange zurück reichenden politischen Strategien Israels hervorgeht. Es ist deshalb äußerst

schwer, die israelische Behauptung zu akzeptieren, der Mauerbau sei eine Sache des Schutzes gegen den so genannten palästinensischen Terrorismus. Vielmehr geht es darum mehr als 50 % der palästinensischen Gebiete zu annektieren. Diese Landstriche sind die wertvollsten der Westbank, sowohl was die Fruchtbarkeit als auch was die Wasserressourcen betrifft. Die Frage der Besiedlung soll seitens Israels im Sinne der Vision „Groß-Israel-Minus“, also abzüglich bestimmter Regionen gelöst werden. Es ist gerechtfertigt, die Mauer als ein Apartheidprojekt zu bezeichnen, denn sie teilt nicht zwischen zwei unabhängigen Parteien, sondern eine Partei reißt große Teile des Landes der anderen Partei an sich, kolonisiert es und grenzt die andere Partei systematisch aus.

Die politischen Konsequenzen des Mauerbaus sind die geographische und demografische Zerstörung der Einheit und Integrität der Westbank. Die Möglichkeit eines selbstständigen und unabhängigen palästinensischen Staates, der frei von Besatzung und Siedlungen ist, wird verhindert.

Doch die Auswirkungen der Mauer gehen weit über diese politischen Konsequenzen hinaus, sie erstrecken sich auf alle Grundlagen palästinensischen Lebens und verwandeln das Leben von Hunderttausenden von Palästinenserinnen und Palästinensern in eine „mission impossible“. Das heißt, dass diese Menschen in naher Zukunft gezwungen sein werden, ihr Land und ihre Häuser zu verlassen, und unter dem täglichen Druck der Mauer und der israelischen Maßnahmen auswandern müssen, weil ein Leben hinter der Mauer unerträglich ist.

(Übersetzung: Annette Schiffmann)

Hasan S. Ayoub ist Direktor des National Bureau for the Protection of Land and the Resistance of Settlements (NBPRS) in Nablus.

Industriezonen entlang der Mauer

Israelisch kontrollierte Produktion in Palästina / von Meron Rapoport

Von ihren Häusern auf der Hügelkuppe können die Bauern ihre Felder noch sehen. Doch die von Israel errichtete „Sperranlage“ mit ihren Gräben, Mauern und Stacheldraht trennt die Bewohner des palästinensischen Dorfes Irtah bei Tul Karem seit 2003 von ihrem Land. Die israelische Armee droht, diese unerreichbaren 500 Dunam (50 Hektar) zu beschlagnahmen. Gleichzeitig wollen palästinensische Geschäftsleute dieses Land kaufen. In beiden Fällen scheint festzustehen, was aus diesen Grundstücken werden soll. Israel plant hier gemeinsam mit palästinensischen Geschäftsleuten die Errichtung einer Industriezone. Bauern, die ihr Land durch den Bau der Mauer verloren haben, bleibt dann nur, dort für ein Drittel des Mindestlohns des nahen Israels zu arbeiten.

Ehud Olmert, israelischer Minister für Arbeit, Handel und Industrie, propagiert bereits eine ganze Kette solcher Industriezonen entlang der Mauer. „Es existiert ein Bedürfnis solche Industriezonen in den palästinensischen Gebieten zu bauen“, sagt Gabi Bar aus dem Ministerium, „doch in Nablus beispielsweise verhindert die Sicherheitslage solche Zonen. Also sollen sie entlang der Mauer entstehen.“

Die Mauer hat das Problem der hohen palästinensischen Arbeitslosigkeit verschärft (45 % in der Westbank, 60 % in Gaza). 120.000 Palästinenser, die in Israel legal oder illegal arbeiteten, wird nun der Zugang verwehrt. Und Tausende oder gar Zehntausende Bauern können ihre Felder auf der „israelischen“ Seite der Mauer nicht mehr bestellen und verlieren damit ihre Arbeit. Zynisch formuliert vereinigt die Mauer zwei entscheidende Faktoren: Sicherheit (für die israelischen Geschäftsleute) und Arbeitsplätze (für die palästinensischen Arbeiter).

Minister Olmert meint es wahrscheinlich nicht zynisch, wenn er sagt, dass die Industriezonen „die Lösung für die Probleme der palästinensischen Arbeitslosigkeit sind und für die hohen Lohnkosten der israelischen Indus-

triellen, die derzeit Arbeitsplätze nach Fernost verlagern. Und das Ganze ohne Risiko, weil die Palästinenser nicht mehr die Grüne Linie überschreiten müssen.“

Aber Israels Absichten basieren weder auf Altruismus noch auf der Sehnsucht nach Frieden. „Was glauben Sie, warum trotz aller terroristischen Überfälle noch immer 200 israelische Fabriken im Industriegebiet von Erez ausharren?“, fragt Gabi Bar vom Industrieministerium. „Entscheidend ist das niedrige Lohnniveau: etwa 1.500 Schekel (270 Euro) im Vergleich zu 4.500 Schekel (810 Euro) gesetzlicher Mindestlohn in Israel. Zudem unterliegen die Arbeiter nicht dem israelische Arbeitsrecht.“

Es mag noch einen weiteren Grund für die Investitionen in diesen Industriezonen geben. Die größte Fabrik in der bereits existierenden Industriezone nahe Tul Karem ist Geshuri, die spezialisiert ist auf Pestizide und andere chemische Produkte. Bis 1985 produzierte sie nahe dem israelischen Küstenort Netanya. Doch die Anwohner beschwerten sich über die Abgase und die Fabrikbesitzer verlegten die Fabrik in ein Gebiet, in dem die Gesetze flexibler und die Nachbarn weniger lautstark sind. Das könnte Schule machen: Israelische Unternehmen verlegen schadstoffintensive Anlagen in Industriezonen ohne die strengen israelischen Umweltgesetze.

Gabi Bar ist dennoch überzeugt, dass solche Industriezonen den Palästinensern Vorteile bringen. „In Erez verdient ein Palästinenser auf jeden Fall mehr als in Gaza.“ Damit hat er nicht Unrecht. Nach einem Bericht der Welternährungsorganisation FAO vom März 2004 haben etwa 40 % der palästinensischen Bevölkerung „keinen regelmäßigen und ausreichenden Zugang zu Nahrungsmitteln“, sprich: sie hungern. 60 % leben unter der offiziellen Armutsgrenze von 2,1 Dollar Einkommen pro Tag.

Abdel-Malik Jaber ist palästinensischer Geschäftsmann und Leiter der Palästinensi-

„Während meines Gesprächs kam ein Mann namens Basem Hussein und legte sich auf den Boden und begann jemanden zu rufen. Dann sah ich, wie ein Bund grüner Zwiebeln aus einem Abflussloch am Fuß der Mauer kam. Ich fragte nach. Der Mann sagte, dass seine Familie auf der anderen Seite lebt. Er hätte vor der Mauer einen Gemüseladen gehabt, das Gemüse wächst jetzt aber auf der anderen Seite der Mauer. Der Austausch durch das Loch in der Mauer sichere nun sein Einkommen.“ Abdul-Latif M. Khaled und Lana Omar, 11. März 2004



schen Gesellschaft zur Entwicklung von Industriegebieten, einer Schaltstelle in der Initiative für Industriezonen. Jaber sammelt Geld zur Finanzierung für zwei solche Industriezonen. Er sieht in diesen Zonen entlang der Mauer die einzige Chance, die palästinensische Wirtschaft zu retten.

Die beiden Industriezonen von Jaber sollen in Jalama nördlich von Jenin und nahe Tul Karem gegenüber dem Dorf Irtah entstehen. Jaber erwähnt, dass er dazu „privates Land von Palästinensern aufkauft“. Nach seiner Kalkulation liegen die Produktionskosten in diesen Industriezonen um 70 % unter denen in Israel, dank der niedrigen Löhne und geringen Gewerbesteuern. Jaber liegt es außerdem am Herzen, dass sich die Israelis sicher fühlen. „Ich bin nicht naiv. Damit diese Projekte funktionieren können, brauchen wir besondere Sicherheitsabkommen“ (für die Israelis).

Gabi Bar ist deutlicher: „Grundvoraussetzung ist, dass Israel allein für die Sicherheit der Industriezonen zuständig ist. Wenn eine Fabrik in einem von uns kontrollierten Bereich liegt, dann ist das, als läge sie in Israel.“ Diese Sicherheitsverantwortung ist der entscheidende Unterschied zu Plänen aus der Zeit vor der Intifada. Nach diesen alten Plänen sollten allein die Palästinenser für die Industriegebiete verantwortlich sein, erklärt Professor Rueven Horesh, ehemals Stabschef im Industrieministerium.

Genau hier liegt der Kern des Problems, ob die Industriezonen Teil eines einseitigen, aufgezwungenen Plans oder ein kooperatives Projekt sind. Alles deutet auf die erste Möglichkeit hin. Gabi Bar betont, dass man solche Anlagen gar nicht ohne Kooperation mit den Palästinensern planen könne. Doch unter Kooperation versteht er Verträge auf lokaler Ebene, ohne Absprache mit der Autonomiebehörde. Auch Jaber glaubt, dass diese Projekte keiner Verträge zwischen Israel und der palästinensischen Regierung bedürfen, obwohl er hofft, dass ein solches Abkommen erreicht wird.

Dr. Mustafa Barghouti, Chef der „Nationale Initiative für Palästina“, ist sehr viel kritischer: „Diese Projekte haben schon in den ersten Jahren nach den Oslo-Verträgen nicht funktioniert,

Deutsche Unterstützung

Deutschland plant Investitionen in die Infrastruktur der Industriezone nahe Jenin (Weltbank-Bericht über Industriezonen in Palästina, Dezember 2004). Nach Aussagen von Ulrike Metzger vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit sind dafür 10 Millionen Euro veranschlagt (Bericht der palästinensischen Autonomiebehörde zu den Auswirkungen der Mauer, Mai 2004).

Der internationale Gerichtshof und die UN-Generalversammlung haben mit ihren Beschlüssen vom 9. und 20. Juli 2004 alle Staaten verpflichtet, die durch den Mauerbau entstandene Situation nicht anzuerkennen und sie in keinerlei Hinsicht zu unterstützen.

Deutsche Investitionen in israelisch kontrollierte Industriezonen ebenso wie die gesamten Pläne der Weltbank zur „ökonomischen Entwicklung“ Palästinas ignorieren diese Beschlüsse und akzeptieren Israels Politik zur Gettoisierung der Palästinenser innerhalb der Mauer.

und sie werden auch jetzt nicht funktionieren. Diese palästinensischen Geschäftsleute kümmern sich nicht um die Arbeitslosigkeit der palästinensischen Arbeiter, sondern um ihre eigenen Interessen. Dieser Plan macht allein für Israel einen Sinn, um die Apartheid zu verstärken, in der die Palästinenser ein Volk von Sklaven sein sollen. Doch das wird scheitern.“

Meron Rapoport, Journalist, Jerusalem

Nach Aussage von Meron Rapoport im Juni 2005 hat die Veröffentlichung dieses Artikels die palästinensischen Geschäftsleute gegenüber der Öffentlichkeit in die Defensive gebracht, so dass sie nun den Industriezonen distanzierter gegenüber stehen.

Der Artikel stammt aus der Le Monde Diplomatique im Juni 2004. Die deutsche Fassung wurde gekürzt und überarbeitet. Für den englischen Text siehe: www.stopptdiemauer.de



Im Juli 2003 begannen Familien aus Jayyus im Distrikt Qalqiliya in Zelten auf ihren Feldern zu übernachten, die durch die Mauer vom Dorf abgetrennt wurden. Innerhalb einer Woche vertrieben die Besatzungssoldaten die Familien von ihrem Land. Etwa 300 Familien verloren ihre einzige Einkommensquelle, weil sie ihre Felder nun nicht mehr erreichen. Zehntausende Bäume in der Gegend wurden ausgerissen und es wurde begonnen, die neue Siedlung Nofei Zufim auf dem geraubten Land zu bauen.

Mit Sanktionen gegen die Besatzung

Internationale und deutsche Organisationen rufen zu Sanktionen auf

Wie kann man die israelische Regierung dazu bewegen, die Besatzung und mit der Besatzung verbundenen Völkerrechts- und Menschenrechtsverstöße einzustellen? Wie kann Freiheit für die Palästinenser erreicht werden?

Der UN-Sicherheitsrat kann Sanktionen erlassen, wenn er formell feststellt, dass „eine Bedrohung oder ein Bruch des Friedens oder eine Angriffshandlung vorliegt.“ Dies tat er beispielsweise im Falle Südafrikas im Jahr 1977 in der Resolution 418. Solange er das nicht feststellt, haben seine Resolutionen empfehlenden Charakter. Resolutionen mit Sanktionscharakter gegen die israelische Regierung scheitern aber an den USA.

Bleiben die Zivilgesellschaft und der Druck von unten. Sie muss darauf bestehen, dass Israel, wie jedes andere Land auch, das humanitären Völkerrecht einhält. Als Besatzungsmacht darf es beispielsweise der besetzten Bevölkerung kein Leid zufügen. Es ist ethisch geboten, dieses unrechtmäßige Leid an Zivilisten zu verhindern.

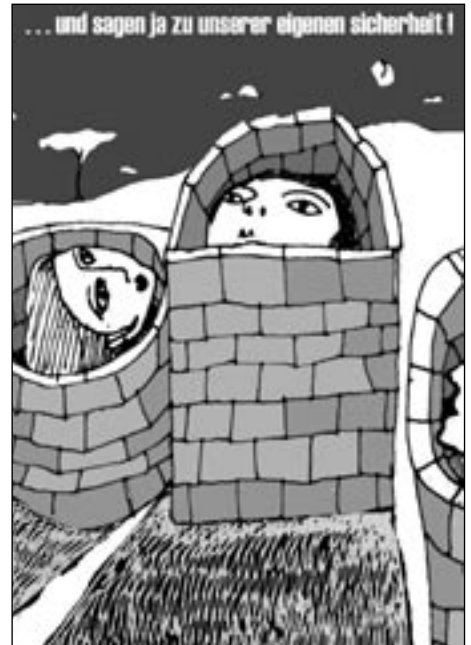
Der Weltkirchenrat in Genf hat im Februar 2005 seine Mitgliedskirchen daran erinnert, in eine friedliche Lösung des Nahostkonflikts zu investieren. „Wirtschaftlicher Druck, angemessen und offen angewandt, ist dafür ein Aktionsmittel“, heißt es in der Erklärung des Weltkirchenrats. Einige US-amerikanische und britische Kirchen haben bereits Beschlüsse in diese Richtung gefasst.

Dazu gehört, nicht in Firmen zu investieren, die von den Menschenrechts- und Völkerrechtsverstößen der israelischen Besatzung profitieren, die z. B. Baumaterial für Mauer und Siedlungen oder Ausrüstung an die israelische Armee für die besetzten Gebiete liefern oder in völkerrechtswidrigen Siedlungen billig produzieren lassen. Weiter kann man auf Aktionärsversammlungen die Verwicklung des Unternehmens in die israelische Besatzungspolitik zur Sprache bringen oder eigene Investmentfonds

aufbauen, die Gerechtigkeit und Frieden voran bringen sollen.

Nachdem zahlreiche diplomatische und politische Initiativen für ein Ende der Besatzung im Sande verliefen und immer weitere Verstöße wie der Mauerbau die Besatzung zu zementieren drohen, drängen immer mehr Organisation auf Sanktionen. So fordert die palästinensische Kampagne gegen die Apartheidmauer Boykott, Divestment und Sanktionen gegen Israel bis ein Ende der Besatzung und ein Abriss der Mauer erreicht sind. Das israelische Komitee gegen Hauszerstörung ICAHD sprach sich für selektive Sanktionen aus. Dazu gehört für ICAHD auch die Forderung, Politiker und Militärs, die für Menschenrechtsvergehen verantwortlich sind, vor internationale Gerichte zu bringen und ihnen Einreiseverbot in andere Länder zu erteilen. Die israelische Friedensorganisation Gush Shalom, die sich schon lange gegen den Siedlungsbau im besetzten Gebiet wendet, ruft die israelische Gesellschaft zu einem Boykott von Waren aus Siedlungen auf. Siedeln soll sich nicht mehr lohnen. Die Warenliste wird regelmäßig aktualisiert und ist unter www.gush-shalom.org abrufbar.

In Deutschland befürworten einige Organisationen wie die Ärzte gegen den Atomkrieg oder Pax Christi die Einstellung der militärischen Zusammenarbeit mit Israel, solange die israelische Armee Besatzungsarmee ist. Weitere Forderungen richten sich an die EU, endlich deutlich zu machen, welche Waren mit dem



Zeichnung: Mebrdad

Am 31. Dezember 2004 wurde in Jayyous auf beiden Seiten der Mauer demonstriert, um die Bauern des Dorfes in ihrem Widerstand gegen die Expansion der israelischen Siedlung Zufim zu unterstützen. Die Demonstration hatte israelische, palästinensische und internationale Beteiligung. Mitglieder der Friedensorganisationen Ta'ayush, dem israelischen Komitee gegen Häuserzerstörung (ICAHD), Gush Shalom, Machsom Watch and der Anarchisten gegen die Mauer nahmen daran teil, erneut Bäume auf den zerstörten Feldern westlich der Mauer zu pflanzen.



Label „made in Israel“ aus Israel stammen und welche aus den Siedlungen.

Organisationen, die sich für Sanktionen aussprechen, werden heftig kritisiert. Sie werden bewusst missverstanden, indem ihnen unterstellt wird, es gehe ihnen um einen anti-jüdischen Boykott und nicht um eine Kritik an der israelischen Regierung. In den USA haben jüdische Organisationen, die sich eher mit der israelischen Regierungspolitik identifizieren, Kirchen einen Abbruch des christlich-jüdischen Gesprächs angedroht. Andere jüdische Organisationen aus dem regierungskritischen

Friedensspektrum ermutigen die Kirchen, auf ihrem eingeschlagenen Weg zu bleiben.

Erst ein Ende der Besetzung bringt Israelis und Palästinenser einem Frieden näher. Dabei liegt es an Israel sich zu bewegen. Denn der palästinensische Nationalkongress hat 1988 mit der Annahme der UN-Resolution 242 den Staat Israel anerkannt, unter der Voraussetzung, dass er sich aus den besetzten Gebieten zurück zieht und die arabische Liga hat im Jahr 2002 angeboten, Israel anzuerkennen, wenn es die Besetzung beendet.

Wiltrud Rösch-Metzler

Die Olivenbaum Kampagne

Zeichen der Solidarität: 20 US-Dollar für die Pflanzung eines Olivenbaums

Schon immer galt der Olivenbaum im gesamten Mittelmeerraum als eine Quelle für Lebensunterhalt und Nahrung. Etwa 1000 Quadratkilometer des palästinensischen Landes sind mit Olivenbäumen bepflanzt. Durchschnittlich produziert ein Olivenbaum neun Kilogramm Oliven, die wiederum zu zwei Litern Olivenöl verarbeitet werden können. Olivenöl ist vielseitig einsetzbar: als Lebensmittel, sakramentales Öl, Treibstoff oder Bestandteil von medizinischen Salben. Der Olivenbaum ist einfach und genügsam. Er wächst auf magerem Boden, bringt kostbare Früchte hervor und kann mehr als 1000 Jahre alt werden. Geschichtlich bedingt ist der Olivenbaum ein Symbol für Frieden.

Seit Beginn der Intifada am 28. September 2000 wurden eine Million Bäume und Tausen-

de von Morgen palästinensischen Ackerlandes durch israelische Besatzungstruppen zerstört.

Durch den Kauf eines Olivenbaumes können Sie dazu beitragen, die Hoffnung für eine friedvolle Zukunft Palästinas am Leben zu erhalten, denn die Finanzierung eines Olivenbaums ist ein Zeichen der Solidarität.

Die Summe von 20 US-Dollar beinhaltet alle Kosten, die bei der Pflanzung eines jungen Olivenbaums entstehen. Der CVJM Ost-Jerusalem (YMCA East Jerusalem) und der CVJF Palästina (YWCA of Palestine) wollen mit dieser Kampagne 50.000 Bäume an genau den Orten pflanzen, an denen ihre Vorgänger entwurzelt und zerstört wurden, und in Gebieten, die von der Besetzung bedroht sind.

Für weitere Informationen kontaktieren Sie:

www.ej-ymca.org, olivetree@ywca-palestine.org

In Deutschland: Sieglinde Weinbrenner, EED/Church Development Service, Programme Coordinator Middle East, Ulrich-von-Hassel-Straße 76, D-53123 Bonn, Tel. +49 (228) 8101-2557, Fax: +49 (228) 8101-160, sieglinde.weinbrenner@eed.de



Die Mauer schlängelt sich entlang von Bethlehem. Ein einsamer Olivenbaum ist im Mai 2005 an der Mauer übrig geblieben in einer Gegend, in der früher die Landwirtschaft gedieh. Über eine Million Olivenbäume wurden in den vergangenen vier Jahren in Zusammenhang mit dem Mauerbau ausgerissen.

Stoppt Caterpillar auch in Deutschland

Caterpillar liefert Bulldozer zur Häuserzerstörung und zum Mauerbau

Seit dem Einmarsch der israelischen Armee und der Wiederbesetzung der autonomen palästinensischen Gebiete im April 2002 gerät die israelische Regierung weltweit zunehmend unter Druck und mit ihr internationale Konzerne, die diese Politik unterstützen und von ihr profitieren.

Einer dieser Konzerne ist der weltweit größte Baumaschinenhersteller Caterpillar. Planiermaschinen und Abrissmaschinen dieser Firma, einschließlich der speziell modifizierten D9 und D10 Bulldozer sind direkt in Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen internationales Recht der israelischen Armee in den besetzten palästinensischen Gebieten verwickelt.

Seit 1967 wurden mit dem Einsatz dieser Maschinen bislang über 12.000 Häuser zerstört, Zehntausende PalästinenserInnen obdachlos, Hunderttausende Oliven- und Obstbäume entwurzelt, landwirtschaftlich genutzte Flächen, Straßen, Wasserversorgungs- und Kläranlagen zerstört und die Mauer errichtet, die bei ihrer Fertigstellung bis zu 50 % der Westbank annekieren wird.

Der Verkauf von Caterpillar-Bulldozern an die israelische Armee verstößt gegen zahlreiche internationale Abkommen, so auch gegen die „UN-Normen für die Verantwortung transnationaler Konzerne und anderer Wirtschaftsunternehmen im Hinblick auf die Menschenrechte“, die u.a. festlegen, dass transnationale Konzerne sich nicht an Kriegsverbrechen und anderen Verstößen gegen Menschenrechte und internationales humanitäres Recht beteiligen oder von ihnen profitieren sollen.

„stopcat“, eine von zahlreichen politischen Gruppen und Organisationen getragene internationale Kampagne, ruft Caterpillar seit mehreren Jahren dazu auf, den Verkauf von



Baumaschinen an Israel zu stoppen, bis Israel aufhört, diese Maschinen unter Verletzung von internationalem humanitären Recht und Menschenrechten zur Zerstörung von palästinensischen Leben und Lebensgrundlagen einzusetzen.

Auch die stopcat-Kampagne in Deutschland ruft dazu auf, gegen den Verkauf von Caterpillar-Bulldozern an die israelische Armee zu protestieren. Der Vertriebspartner der Firma Caterpillar in Deutschland, Zeppelin wird dazu aufgefordert auf Caterpillar dahingehend einzuwirken, sich an die UN-Normen für transnationale Konzerne zu halten.

Die Kampagne in Deutschland weist darüber hinaus darauf hin, dass mit dem Kauf von Bekleidung, Schuhen, und Accessoires, die mit dem Logo Caterpillar versehen sind, deren Politik ebenfalls unterstützt wird. Als Zeitraum für Aktionen bietet sich insbesondere der Monat April an, wenn Caterpillar seine alljährliche Hauptversammlung abhält.

Weitere Informationen im Internet:

<http://de.indymedia.org/2005/04/112065.shtml>

www.stopcat.org

www.catdestroyshomes.org

www.jewishvoiceforpeace.org

www.icabd.org

www.bootCAT.org

www.rachelcorrie.org

E-Mail:

Stopcat-Berlin@web.de



Mit Bulldozern unter anderem der Marke Caterpillar werden palästinensische Äcker, Oliven- und Zitrusbaumfelder zerstört. Bereits im Juni 2003 waren über 102.000 Bäume in den Distrikten Jenin, Tul Karem und Qalqiliya ausgerissen worden. Durch die Besetzung ist die palästinensische Wirtschaft faktisch zusammengebrochen und die Abhängigkeit von der Landwirtschaft umso größer. Olivenbäume sind als Quelle von Nahrungsmitteln in Form von Öl und Oliven und von Seife und Heilmitteln ständig präsent. Das Foto zeigt ausgerissene Bäume im Distrikt Qalqiliya.



Postkartenaktion zu den Waren aus Siedlungen in Palästina

Verbraucherinnen und Verbraucher fordern Kennzeichnungspflicht

Bei einer Akademie-Tagung in Bad Boll haben im März 2002 Frauen aus Bosnien und Palästina von Kriegstraumatisierungen berichtet.

Aus den Berichten wurde deutlich: Krieg bedeutet immer einen Ausnahmezustand für die Menschenrechte, obwohl nach dem Zweiten Weltkrieg die internationale Gemeinschaft beschlossen hat, dass sie völlige Rechtlosigkeit in Kriegszeiten nicht hinnehmen kann. In den vier Genfer Konventionen von 1949 haben fast sämtliche Staaten der Erde festgehalten, dass die elementaren Rechte der Schwächsten auch in militärischen Auseinandersetzungen geachtet werden müssen.



Die Postkartenaktion des Frauennetzwerks Nahost erinnert Politiker daran, dass diese Pflicht auch für den schwierigen israelisch-palästinensischen Konflikt gilt. Gerade durch die große historische Verbundenheit mit Israel ist die Bundesrepublik entscheidend daran beteiligt, die Rahmenbedingungen des Nahostkonflikts mitzubestimmen. Sie hat daher eine besondere Verantwortung für die Durchsetzung von Völker- und Menschenrechtsstandards.

Israelische Siedlungspolitik

Einer der folgenreichsten Verstöße gegen humanitäres Völkerrecht ist Israels Siedlungsbau in den palästinensischen Gebieten. Der Transfer von eigener Bevölkerung in besetztes Gebiet ist nach Art. 49 der Vierten Genfer Konvention

untersagt. Außerdem zieht die israelische Siedlungspolitik weitere Völkerrechtsverstöße nach sich:

- die weit reichende Zerstörung und Enteignung von Eigentum,
- die Abriegelung von Dörfern und Städten mit dem Charakter einer Kollektivstrafe,
- die De-facto-Annexion von Quellen und fruchtbaren palästinensischen Ländereien in der Nähe von Siedlungen durch den rechtswidrigen Verlauf von Zäunen und Mauern.

Die internationale Gemeinschaft ist bislang nicht wirkungsvoll gegen den völkerrechtswidrigen Siedlungsbau eingeschritten. Sie sendet eine doppelte Botschaft: Regelmäßig appelliert sie an Israel, von Verstößen abzulassen. Auf der anderen Seite verhindern westliche Regierungen, dass geltendes internationales Recht konsequent angewandt wird.

Das zeigte sich in einer jahrelangen Untätigkeit der Europäischen Union, Waren aus israelischen Siedlungen von EU-Zollvergünstigungen auszuschließen.

Genauer Warenursprung fehlt

Erst auf öffentlichen Druck verpflichtete sich Israel im Februar 2005 den genauen Warenursprung zu nennen. Auf Importe aus Siedlungen werden nun die regulären Zölle erhoben. Doch in den Warenregalen ist diese Unterscheidung nicht sichtbar: Immer noch werden alle Waren mit „Made in Israel“ gekennzeichnet. Deshalb fordern viele Frauen: Als Verbraucherinnen wollen sie wissen, woher die Datteln oder Avocados kommen, die sie in ihren Einkaufskorb legen. Daher die Forderung des Frauennetzwerks: Klare Kennzeichnung des Warenursprungs!

Bei vielfältigen Gelegenheiten, wie einer Tagung der Evangelischen Akademie Bad Boll zum Mauerbau im März 2004, machen die Netzwerk-Frauen ihre Position bekannt: Dass sie sich auf Grund der Untätigkeit der Politik gezwungen sehen, bis zur Klärung der Situation



Israelische Friedensaktivisten helfen regelmäßig bei der Olivenernte in den palästinensischen Gebieten. Das Foto zeigt eine solche Aktion im Oktober 2003, als 360 Freiwillige zur Ernte in dem Dorf Hirbet Jabara kamen. Hirbet Jabara gehört zu den Dörfern zwischen der Mauer und der Grünen Linie. Die Bewohner können ohne Sondergenehmigung das Dorf nicht verlassen.

keine aus Israel eingeführten Produkte mehr zu kaufen. Sie wollen deutlich machen: Die Zertifizierung als „Made in Israel“ ist eine unterlassene Information für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Die illegalen Siedlungen beruhen auf Israels Verletzung von humanitärem Völkerrecht. Darauf machen sie aufmerksam und weigern sich als Konsumentinnen und Konsumenten, daran beteiligt zu werden.

Postkartenaktion

Im Herbst 2002 startete das Frauennetzwerk die erste Postkartenaktion. Sie wandte sich an VerbraucherInnen und sollte neugierig machen:

Wissen Sie woher diese Datteln kommen?

Aus Israel? Aus Palästina?

Aus Siedlungen in den besetzten Gebieten?

Schauen sie nach: www.FrauenNetzwerkNabost.de

Aufgrund des großen Zuspruchs im kirchlichen Raum gingen weitere Karten in Druck, die VerbraucherInnen die Möglichkeit geben, Politiker auf das Problem aufmerksam zu machen. Auf der Homepage (www.FrauenNetzwerkNabost.de) finden Sie Hintergrundinformationen und Kampagnenmaterialien.

Postkarten können bestellt werden bei:

*Brigitte Keyl, Friedhofweg 4, 73061 Ebersbach,
info@frauennetzwerk-nabost.de*

Protestaktion am Checkpoint Charlie



Am Checkpoint Charlie in Berlin stand am 7. Februar 2004 zwei Stunden lang eine Mauer. Im Rahmen der Kampagne „Stop the Wall“ war sie als Symbol und Protest gegen den Mauerbau in Palästina aufgestellt worden. Das Getöse von israelischen Panzern, Hubschraubern, Bulldozern und F16 Kampffjets, als Geräuschkulisse in

Palästina ständig erfahrbar, lösten Aufmerksamkeit und Betroffenheit bei den BesucherInnen des Mauermuseums am Checkpoint Charlie, PassantInnen und UnterstützerInnen der Aktion aus. Die Aktion, an der 250 Menschen teilnahmen, wurde von zahlreichen Organisationen und Einzelpersonen unterstützt.

Am 25. September 2004 demonstrierten in Köln 800 Menschen zum vierten Jahrestag der palästinensischen Intifada gegen die Besetzung in Palästina und Irak. Der Koordinationskreis hatte in Deutschland zu diesem Aktionstag gegen Krieg und Besetzung unter dem Motto „Stoppt die Mauer in Palästina“ aufgerufen.

Außerdem fanden Demonstrationen und Kundgebungen in Hamburg, Berlin, Magdeburg, Stuttgart, Frankfurt/Main und vielen weiteren Städten weltweit statt.



Partnerschaft: Pax Christi Sulzbach & Pengon-Komitee Irtah

Die Pax Christi-Gruppe Sulzbach an der Murr plant eine direkte Partnerschaft mit einem lokalen Komitee von Pengon (Palestinian Environmental NGO Network) in Irtah, einem Dorf in der Westbank bei Tulkarem. Pengon ist eine Organisation, die versucht, den Palästinensern, die von der von Israel gebauten Mauer betroffen sind, zu helfen bzw. aktiv dagegen vorzugehen.

Die Idee entstand aus den sehr guten Erfahrungen, die Pax Christi Sulzbach mit einer bereits aus den 80er Jahren bestehenden Partnerschaft mit einer palästinensischen Gruppe aus einem Dorf in Galiläa gemacht hat.



Zum Jahreswechsel 2004/2005 war bereits die erste Delegation aus Sulzbach beim lokalen Komitee in Irtah und hat erste Kontakte geknüpft. Im Augenblick laufen die Vorbereitungen für einen Gegenbesuch von einigen Komiteemitgliedern in der zweiten Jahreshälfte.

Bericht einer ISM-Aktivistin

Wir kamen gestern in Biddu (nordwestlich von Jerusalem) an. Das ISM-Haus steht oben auf einem Hügel, und der Ort könnte in der Toskana liegen, wenn die Bulldozer nicht Häuser zerstört hätten, wenn die Siedlung da drüben nicht wie eine reiche Bungalow-Siedlung aussehen würde und wenn nicht durch die Landschaft eine breite Schneise zerstörten Landes laufen würde zur Vorbereitung des Baus der Apartheidmauer, hier in Form eines Zaunes.

Wir gingen in der Dämmerung dorthin, wo der Zaun gebaut werden soll, nachdem die Soldaten und Bulldozer für diesen Tag weggegangen waren. Besonders erstaunlich ist, dass ein palästinensisches Haus dank des Einsatzes der lokalen Bevölkerung vor Zerstörung gerettet werden konnte. Man erreicht dieses Haus durch eine schmale Gasse zwischen hohen Zäunen. Es ist das Zuhause einer großen Familie mit vielen Kindern und auf drei Seiten vom Zaun umgeben. Auf der anderen Seite des Zaunes

liegt in üppiger Landschaft die Siedlung, die aus der Nähe wie eine amerikanische Vorstadtgemeinde aussieht.

Ich will versuchen, zu sagen, was ich empfinde. Ich bin gewohnt, die Briefe an meine Kongressvertreter in den USA zu beginnen mit: „Als Jude schäme ich mich.“ Heute fange ich an, mich etwas anders zu fühlen. Ich habe das Gefühl, dass mich mit den Juden, die hier leben und die diesen „Zionismus“ genannten Nationalismus unterstützen, nichts verbindet. Als Jude, wie ich mich verstehe, schäme ich mich hier nicht. Ich bin stolz auf die Leute, die herkommen, um sich selbst ein Bild zu machen und die mit den Palästinensern gegen einen mächtigen Unterdrücker stehen und die den Widerstand gegen Ungerechtigkeit unterstützen.

*Gail, 29. Juni 2004,
International Solidarity Movement (ISM), USA
(Übersetzung: Ellen Rohlf)*



Am 9. November 2003, dem Aktionstag gegen die Mauer in Palästina demonstrierten Mitglieder von ISM (International Solidarity Movement) in Bristol, Südengland, vor einer Filiale von Marks and Spencer: „Marks & Spencer – Unterstützer der Apartheid“. Das Unternehmen unterstützt Israel beispielsweise durch Spenden und durch den Einkauf von Produkten, die Israel in den besetzten Gebieten produziert. Marks and Spencer wurde von Israel für diese Unterstützung bereits ausgezeichnet.

amnesty international zur Mauer in Palästina

Im April 2002 bewilligte die israelische Regierung einen Plan zum Bau eines Zauns/einer Mauer in einigen Teilen der Westbank, und im Juni 2002 bewilligte sie den Bau der ersten Phase des Projekts. [Der Doppelbegriff Zaun/Mauer (fence/wall) wird von amnesty international durchgängig benutzt, weil es sich bei dem „Sicherheitszaun“ teilweise um eine Anlage mit Zäunen und teilweise mit einer Mauer handelt.] Laut den israelischen Behörden ist der Zaun/die Mauer „eine Verteidigungsmaßnahme dazu bestimmt, den Zugang zum Staat Israel für Terroristen, Waffen und Sprengstoff zu sperren ...“.

Bei Fertigstellung wird der Zaun/die Mauer mehr als 15 % des Landes der Westbank vom Rest der Westbank abgeschnitten haben, und etwa 270.000 in diesen Bereichen lebende Palästinenser werden in geschlossenen militärischen Bereichen zwischen Zaun/Mauer und der Grünen Linie oder in Enklaven, die vom Zaun/von der Mauer umschlossen sind, wie in einer Falle gefangen sein. Mehr als 200.000 in Ost-Jerusalem ansässige Palästinenser werden ebenfalls von der Westbank abgeschnitten sein, und Hunderttausende weiterer Palästinenser, die in Städten und Dörfern östlich des Zauns/der Mauer leben, werden ebenso betroffen sein, weil sie Zugang zu den Gebieten auf der anderen Seite des Zauns/der Mauer brauchen, um zu ihrem Land und zu ihren Arbeitsplätzen, zu Schulen, Gesundheits- und anderen Dienstleistungseinrichtungen zu gelangen sowie um Verwandte zu besuchen.

Der Verlauf des Zauns/der Mauer ist so angelegt, dass eine große Zahl israelischer Siedlungen in den besetzten Gebieten, die unter Verletzung des Völkerrechts gebaut wurden und ständig weiter ausgedehnt werden, einbezogen wird. Etwa 54 israelische Siedlungen in der Westbank und zwölf in Ostjerusalem liegen auf palästinensischem Boden, der durch den Zaun/die Mauer von der übrigen Westbank abgeschnitten wird. Insgesamt werden mehr als 320.000 israelische Siedler, d.h. etwa 80 % der

Siedler, die in den besetzten Gebieten leben, auf der westlichen Seite des Zauns/der Mauer leben und damit direkten Gebietsanschluss an Israel genießen.

Israel hat das Recht, sinnvolle, erforderliche und angemessene Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit seiner Bürger und Grenzen zu schützen. Dies schließt Maßnahmen zur Verhinderung der Einreise von Palästinensern und anderen Personen, die hinreichend verdächtig sind, Selbstmordattentate oder andere Anschläge durchführen zu wollen, ein. Es ist daher nicht ungesetzlich, wenn Israel Zäune oder andere Bauten auf seinem eigenen Territorium errichtet, um den Zugang zu seinem Territorium kontrollieren zu können.

Die Tatsache, dass der größte Teil des Zauns/der Mauer so verläuft und geplant ist, dass er tief innerhalb der Westbank verläuft und nicht zwischen Israel und den besetzten Gebieten, zeigt an, dass er/sie nicht, wie von den israelischen Behörden behauptet, lediglich dazu bestimmt ist, „...den Zugang zum Staat Israel für Terroristen, Waffen und Sprengstoff zu sperren...“.

Jedwede Maßnahme, die Israel in den besetzten Gebieten im Namen der Sicherheit ergreift, muss mit seinen völkerrechtlichen Verpflichtungen in Einklang stehen. Der Bau des Zauns/der Mauer innerhalb der besetzten Gebiete verletzt sowohl das internationale humanitäre Recht als auch die internationalen Menschenrechte.

(Übersetzung: Gisela Siebourg)

Auszüge aus: The place of the fence/wall in international law, 19 February 2004, <http://web.amnesty.org/library/print/engmd150162004>

Am 21. Januar 2003 zerstörte die israelische Armee mit Bulldozern etwa 100 Läden im Gewerbegebiet von Nazlat 'Isa nördlich von Tul Karem. Diese Operation zielt auf die gewaltsame Vertreibung der Bevölkerung aus den Gebieten in der Nähe der Mauer. Nazlat 'Isa ist eingeschlossen zwischen der Mauer und der Grünen Linie, einer Region, die von Israel faktisch bereits annektiert wurde.



Bücher, Broschüren, Filme, Theater, Webseiten

Bücher

- *The Wall in Palestine - Facts, Testimonies, Analysis and Call to Action*

Pengon, The Palestinian Environmental NGOs Network, www.pengon.org; Jerusalem, Juni 2003; 199 Seiten

Dieses englischsprachige Buch beinhaltet 100 Bilder, detaillierte Berichte und Materialien für AktivistInnen. Das Buch ist auf der Webseite der palästinensischen Kampagne gegen die Apartheidmauer www.stopthewall.org als Download verfügbar.

- *Die Mauer, Israel – Palästina*

Eyal Ofer (Fotos); Melzer-Verlag, www.melzerverlag.de; ISBN 3-937389-49-0; 9,95 Euro; Oktober 2004; 120 Seiten

Auf 120 Seiten wird mit über 100 Farbbildern und mit Texten von Uri Avnery, Manuela Dviri, Freimut Duve und Oswald Le Winter die Absurdität der Mauer aufgezeigt.

- *Damals im Heiligen Land – Reisen in das Alte Palästina*

Klaus Polkehn; Kai Homilius Verlag, www.kai-homilius-verlag.de; ISBN 3-89706-905-9; 24,80 Euro; 2005; 234 Seiten

Hunderte von Berichten über Reisen ins Heilige Land, nach Palästina, sind aus dem 18. und 19. Jahrhundert überliefert. Wenn eine spätere Legende behauptet, dieses Land sei vor dem Beginn der systematischen jüdischen Besiedlung „öde, rückständig und menschenleer“ gewesen, so zeichnen die Reiseberichte jener Zeit ein anderes Bild.

Für eine umfangreiche Bücherliste siehe: Das Palästina Portal www.erhard-arendt.de/deutsch/palestina

Broschüren

- *Dokumentation: Den Mauerbau im "Heiligen Land" beenden*

Tagung vom 26. bis 28. März 2004 in der Evangelischen Akademie Bad Boll; 67 Seiten, Bezug: Evangelisches Missionswerk in Südwestdeutschland, Vogelsangstr. 62, 70197 Stuttgart, Tel. 0711/ 636780, info@ems-online.de

- *Palästina Journal 55 zur Mauer*

November 2003; 20 Seiten; 1,50 Euro
Bezug: Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V., Karl-Marx-Straße 150, 12043 Berlin, depege@snafu.de

- *Eva Balsler und Sune Segal: Security or Segregation – the Humanitarian Consequences of Israel's Wall of Separation*

2003; 24 Seiten; ISBN 2-8254-1390-9
Bezug: Weltkirchenrat, Ecumenical Accompaniment Programme in Palestine and Israel, 150 Route de Ferney, P.O. Box 2100, 1211 Genf 2, Schweiz, www.wcc-coe.org

- *Facing the Abyss – The Isolation of Sheikb Sa'ad Village – Before and After the Separation Barrier, Status Report February 2004*, 28 Seiten

• *Not all it seems – Preventing Palestinians Access to Their Lands West of the Separation Barrier in the Tulkarm-Qalqilya Area, Information Sheet June 2004*, 28 Seiten

- *Forbidden Roads – Israel's Discriminatory Road Regime in the West Bank, Information Sheet August 2004 (mit Landkarte)*, 60 Seiten

Bestelladresse: B'tselem, P.O. Box 53132 Jerusalem 91531, Tel. 00972-2-6735599, Fax 00972-2-6749111, mail@btselem.org, www.btselem.org

Filme

- *Mauer – Mur*

Frankreich, Israel 2004; von Simone Bitton; 96 Min.; Original mit deutschen Untertiteln; Verleih: Ventura Film GmbH, www.ventura-film.de; Spirit of Freedom Award (Best Documentary), Jerusalem Film Festival 2004; Grand Prix, Marseilles International Documentary Film Festival 2004; Grand Prix, Pesaro Film Festival 2004

Der Dokumentarfilm konzentriert sich auf die politischen, sozialen und psychischen Folgen des Mauerbaus. Inmitten des ohrenbetäubenden Lärms der Bulldozer kommen die leisen Stimmen derer zu Wort, deren wirtschaftliche Existenz zerstört oder denen die politische Hoffnung genommen wird.

- *Route 181 – Fragmente einer Reise in Palästina-Israel*

Frankreich, Belgien, Großbritannien, Deutschland 2003; von Michel Khleifi und Eyal Sivan; 270 Min.; Original mit deutschen Untertiteln; Verleih: mec film, www.mec-film.de; Preis: Grand Prix des Festival international du film des droits de l'homme

Route 181 ist eine gemeinsame Vision eines Palästinensers und eines Israelis. Im Sommer 2002 reisten sie zwei lange Monate gemeinsam durch ihr Geburtsland, haben ihre Strecke auf eine Karte aufgemalt und sie Route 181 genannt. Diese virtuelle Linie markiert die Grenzen der UN-Resolution 181 vom 29. November 1947, nach der Palästina in zwei Staaten geteilt werden sollte. Auf ihrer ausgiebigen Reise hatten sie nur willkürliche Begegnungen. Es wurden im Vorfeld weder Treffen vereinbart, noch Persönlichkeiten oder „offizielle“ Gesprächspartner kontaktiert.

• *The writing on the wall / Blessed are the Olives*
Der zehnminütige englischsprachige Film „The writing on the wall“ ist da Ergebnis eines kollektiven Experiments. Im Frühjahr 2004 organisierte AEI, das Arab Educational Institute, einen Workshop für 150 Menschen in Ramallah, in dem die Teilnehmenden ihre Assoziationen zur Mauer durch Graffiti, Malerei und Dramaturgie zum Ausdruck brachten. Der Film ist geeignet als Einstieg in eine Diskussion über die Mauer.

„Blessed are the Olives: Voices of Palestinian Women Under Siege“ wurde von der Frauengruppe des Arab Educational Institute in Bethlehem unter der Fragestellung produziert, wie Videoproduktionen über die Identität der PalästinenserInnen und ihr Lebensalltag für ein ausländischen Auditorium erstellt werden können. Der 33-minütige Film zeigt, mit welchen enormen Schwie-

rigkeiten Frauen kämpfen müssen, die in der Nähe der Mauer oder Kontrollposten leben müssen.

Beide Filme können für 5 Euro bei folgender Adresse bestellt werden: aei@p-ol.com, Arab Educational Institute (Affiliated to Pax Christi International) Milk Grotto Street, #96, P.O.Box: 681, Bethlehem, Tel. 00972-2-2744030, Fax 00972-22777554

Theater

„UnterMauern“ von Samieh Jabbarin. Er ist auch Regisseur und Schauspieler in dieser dramatischen, nachdenklichen und kuriosen Aufführung über die Mauer in Palästina. Das Zwei-Personen-Stück (Einakter) handelt von der unmöglichen Liebe, solange es Mauern, ob reale oder in den Köpfen, gibt. Es dauert etwa 30 Minuten. (Fahrkosten und Spende) Kontaktadresse: sjabbarin@yahoo.de, Tel. (0177) 6181715

Webseiten

- Koordinationskreis Stoppt die Mauer in Palästina/Für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel, www.stopptdiemauer.de
- The Grassroots Palestinian Anti-Apartheid Wall Campaign (palästinensische Kampagne gegen die Apartheidmauer), www.stopthewall.org
- Gush Shalom (israelische Friedensbewegung), www.gush-shalom.org
- Das Palästina Portal, www.erhard-arendt.de/deutsch/palestina
- Frauennetzwerk Nahost, www.frauennetzwerknahost.de
- Flüchtlingskinder im Libanon, www.lib-hilfe.de
- Freunde Palästinas, www.freunde-palaestinas.de
- Najdeh, Soziale Hilfsorganisation für die Palästinenser, www.najdeh.de
- Israel's Security Fence, Israelisches Verteidigungsministeriums, www.seamzone.mod.gov.il

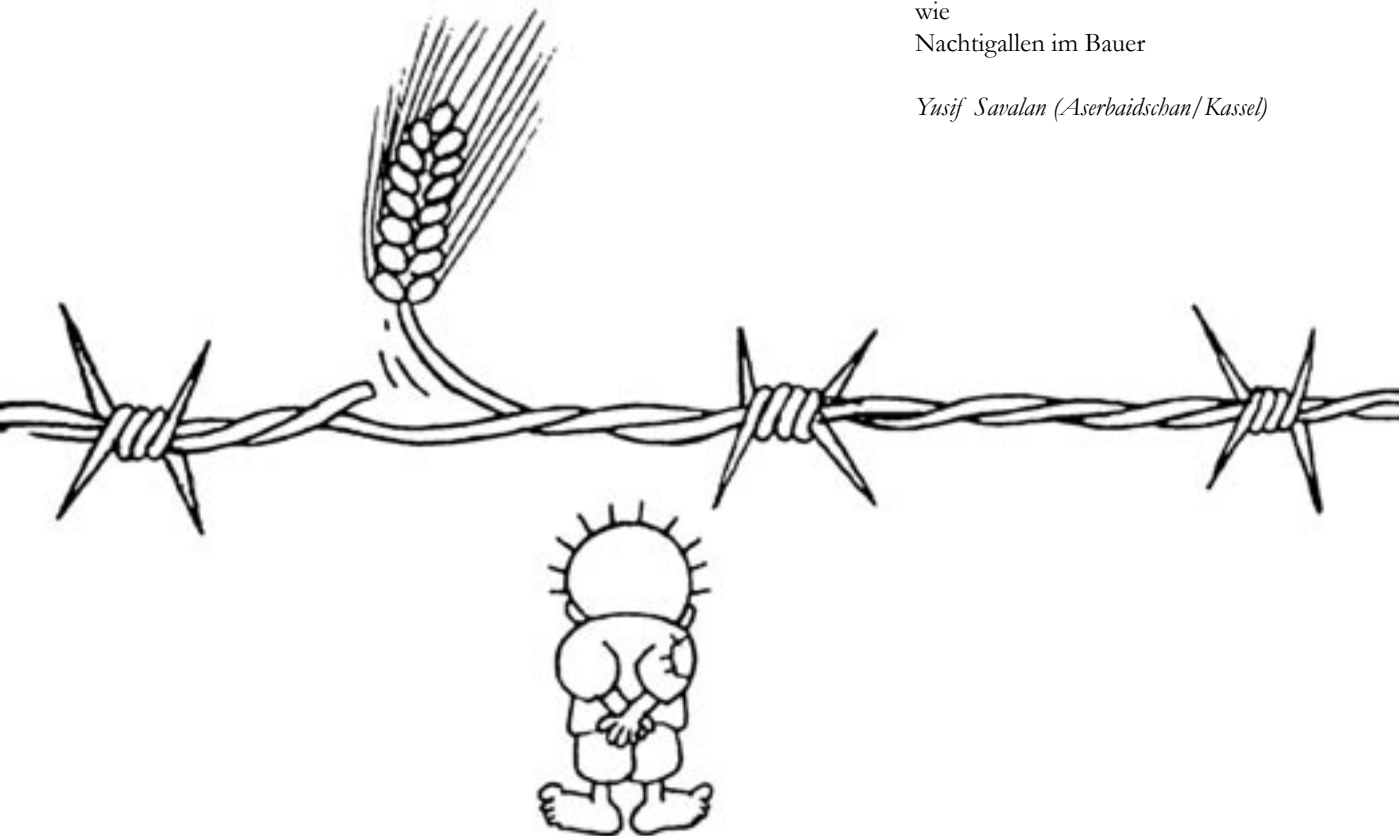
Mitglieder des Koordinationskreises

- Deutsch-Palästinensische Gesellschaft, www.dpg-netz.de
- International Solidarity Movement, www.palsolidarity.org
- IPPNW, Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung, www.ippnw.de
- Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost (EJJP Deutschland), www.juedische-stimme.de
- Linksruck, www.linksruck.de
- Pax Christi deutsche Sektion, www.paxchristi.de
- Palästinensische Gemeinde Deutschland, Kontakt: George Rashmawi, Schützenstraße 4a, 53773 Hennef
- Vereinigung für internationale Solidarität, www.soli-international.de

Die Mauer

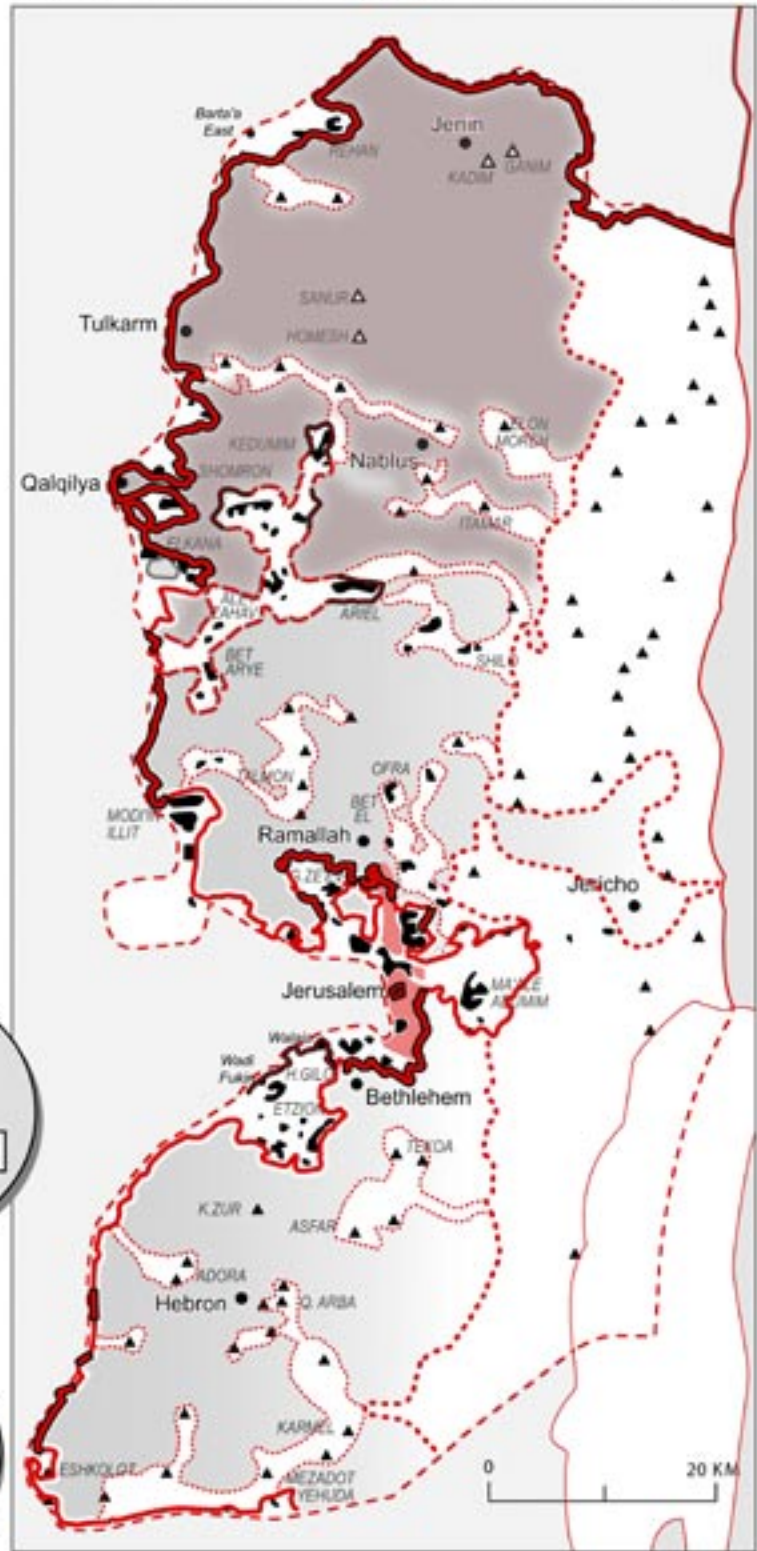
Hier
wird gebaut
eine
hohe Mauer
Ihr sollt
diesen Ort meiden!
Wer
wird eher
vor
der Mauer leiden?
Und
wer wird
hinter
der Mauer leiden?
(Beide Seiten
sind nicht zu beneiden)
Die großen Geldgeber?
Die Machthaber?
Die Steinreichen?
Nein
Kranke!
Nein
Arbeiter!
Nein
Bauern!
Sie
werden sich fühlen
wie
Kaninchen im Käfig
wie
Nachtigallen im Bauer

Yusif Savalan (Aserbaidshan/Kassel)

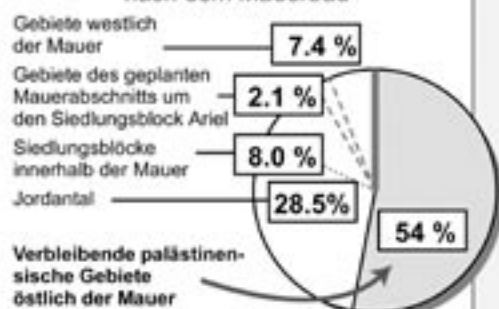


Die Mauer und die von Israel einseitig geplante Zerteilung der palästinensischen Westbank

(basierend auf der Karte der Grassroots Palestinian Anti-Apartheid Wall Campaign, www.stopthewall.org, Februar 2005)



Aufteilung der Westbank nach dem Mauerbau



Direkt von der Mauer betroffene palästinensische Bevölkerung

